



# Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2012



Gedenkstätte KZ  
Lichtenburg Prettin



Gedenkstätte für die  
Opfer der NS-„Euthanasie“  
Bernburg



Gedenkstätte für die  
Opfer des KZ  
Langenstein-Zwieberge



Gedenkstätte  
ROTER OCHSE  
Halle (Saale)



Gedenkstätte  
Moritzplatz  
Magdeburg



Gedenkstätte  
Deutsche Teilung  
Marienborn



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989



**Auf dem Wege zu einer Gesellschaftsgeschichte der Repression in der DDR**

Jens Gieseke

1

**„Es hat niemand im Entferntesten was geahnt, denn von Zwangsaussiedlungen und von Wegschaffen von Leuten, die nicht zuverlässig sind, war überhaupt keine Rede“**

Die Errichtung einer Sperrzone an der Demarkationslinie der DDR zur Bundesrepublik und die dort durchgeführten Zwangsaussiedlungen im Frühsommer 1952

Rainer Potratz

16

**Entspannung als „verschärfter Klassenkampf“. Die Expansion des MfS in den „langen“ siebziger Jahren**

Jens Gieseke

27

**Zur Eröffnung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin am 1. Dezember 2011 in der ehemaligen Schlosskirche St. Anna**

Kai Langer

42

**Ansprache von Buddy Elias anlässlich der Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag von Sachsen-Anhalt am 27. Januar 2012**

Buddy Elias

50

**Aus der Arbeit der Gedenkstätten**

58

# Auf dem Wege zu einer Gesellschaftsgeschichte der Repression in der DDR

Jens Gieseke

## **Kinderkrippe oder Stasi – zur Rolle der Repression in Forschung und öffentlicher Wahrnehmung**

Der Platz von Repression, Verfolgung und Überwachung im heutigen Gesamtbild von der DDR-Gesellschaft ist noch immer umstritten. Er stand im Zentrum der großen öffentlichen Debatten wie etwa 2007 um das Votum der Kommission für ein Gedenkstättenkonzept des Bundes. Dort wurde der Konflikt um das Geschichtsbild von der DDR-Gesellschaft auf den Punkt gebracht, es müsse klar sein, dass die Stasi wichtiger als die Kinderkrippe sei (wobei die Kinderkrippe als Symbol für die gute soziale Versorgung in der DDR stand). Dem wurde entgegengehalten, dass eine Fixierung auf die Staatssicherheit einseitig sei und es vielmehr darauf ankäme, die Repression gerade als Alltagsphänomen zu thematisieren (und die hätte bereits in den Kinderkrippen begonnen).<sup>1</sup> Die Frage nach Rolle und Stellenwert der Repression in den Bildern vom totalitären Unrechtsstaat oder aber dem sicheren, gemütlichen Nischenleben führt also mitten hinein sowohl in die öffentliche wie auch die fachwissenschaftliche Debatte über die DDR-Gesellschaft.

Über die öffentliche, geschichtspolitische Dimension dieser Debatte ließe sich viel sagen, doch soll im Folgenden die fachwissenschaftliche Ebene im Mittelpunkt stehen. Ziel ist eine Bilanz der gesellschaftlichen Rolle der Staatssicherheit und der von ihr ausgeübten Repression in den verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte vor dem Hintergrund von zwanzig Jahren Forschung.<sup>2</sup> Zuerst werden aktuelle Trends bei Theorieangeboten und Deutungszugriffen diskutiert und danach die Rolle der Staatssicherheit in zwei Phasen der DDR-Geschichte anhand empirischer Befunde näher charakterisiert.

Die Frage nach der Rolle der Staatssicherheit im Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR stand ursprünglich im Themenkanon der Stasi-Forschung nicht an erster Stelle. Im Zuge der systematischen Erforschung von Elementarinformationen zu Apparat und Methoden des MfS richtete sich das Interesse vielmehr zunächst auf klassische Aspekte einer politischen Geschichte kommunistischer Geheimpolizeien: Struktur und Umfang des Apparates, politische Justiz, Ausmaß und Methoden in der Bekämpfung der Opposition

usw.<sup>3</sup> Im deutsch-deutschen und internationalen Kontext rückte später auch die nachrichtendienstliche Arbeit in den Fokus, die sich vorwiegend auf den Feldern der Politik-, Militär- und Diplomatiegeschichte bewegte.<sup>4</sup> Diese Schwerpunkte ergaben sich aus der öffentlichen und fachwissenschaftlichen Erwartung, mithilfe des außergewöhnlichen Aktenbestandes der Staatssicherheit gleichsam „nachholend“ die Rolle der Geheimpolizei als Grundtatbestand kommunistischer Systeme zu rekonstruieren. Dieser Zugriff führte notwendig zur relativ starken Betonung einer Täter-Opfer-Dichotomie im DDR-Bild.

In Bezug auf die Gesamtgesellschaft machte das Stichwort von der „flächendeckenden Überwachung“ die Runde. Dazu trugen bereits im Zuge der Besetzungen und Auflösungen von Dienststellen die ersten Enthüllungen über den Umfang des Apparates und seine schiere territoriale Präsenz bei. In der Theoriebildung ging damit eine Renaissance der Totalitarismustheorie einher, deren Verfechter die Stasi-Präsenz als Ausdruck eines neuartigen, verfeinerten und perfektionierten Totalitarismus interpretierten.<sup>5</sup>

Im Kontrast hierzu stand der mit der Öffnung der Archive einsetzende Trend zur Alltags- und Sozialgeschichte. Die damit befassten Forscher taten sich mit dem Komplex der MfS-Präsenz im Alltag zunächst ein wenig schwer. Unter Sozialhistorikern wurde das MfS als anrüchiges und grausiges Kuriosum behandelt, ohne sich im Forschungsdesign umfangreicherer Studien und in den Proportionen von Gesamtdarstellungen zunächst im größeren Stil niederzuschlagen. Es war ein weiter Weg von klassischen Topoi der Sozialgeschichtsschreibung wie Unterschichten, Geschlechterverhältnissen, Arbeits- und Lebensbedingungen oder der Sozial- und Konsumpolitik bis zur alltäglichen Rolle des Herrschaftsapparates im Allgemeinen und der Geheimpolizei im Besonderen. In den Kontroversen um die Grundlinien einer Gesellschaftsgeschichte der DDR wurde allerdings diese Kluft konzeptionell weitgehend überwunden. Zwischen Sigrid Meuschel, Ralph Jessen und Detlef Pollack, in den Beiträgen von Rainer Lepsius, Lutz Niethammer und nicht zuletzt Thomas Lindenberger ging es nicht mehr darum, *ob* Herrschaftsapparat und gesellschaftliches Leben im Zusammenhang zu sehen sind, sondern *wie* dies geschehen müsse.<sup>6</sup> Zwei methodische Lehren sind aus dieser bald fünfzehnjährigen Debatte zu ziehen: erstens das Bestehen darauf, dass sich die Sozial-, Alltags- und Kulturgeschichte kommunistischer Systeme nicht „with politics left out“ [*ohne Politikgeschichte, Übers. d. Red.*] schreiben lässt; zweitens – umgekehrt – dass in der Herrschaftsgeschichte nicht mehr ernsthaft reine Top-Down-Modelle diskutiert werden, die die Reziprozität der SED-Politik und auch der MfS-Überwachung gegenüber der DDR-Bevölkerung außer Betracht lassen wollen.

Gleichwohl bleibt das Feld kontrovers: vor allem aus der nichtdeutschen Forschung wird der Vorwurf erhoben, die DDR-Geschichte würde aufgrund eines überpolitisierten Blicks unzulässig „stasifiziert“. Dem stellte etwa Mary Fulbrook ihre Synthese vom partizipativen „Volksstaat“ DDR entgegen, in der ein großer Teil der Bevölkerung mit Repression und Staatssicherheit niemals etwas zu tun bekommen habe und ein „ganz normales Leben“ geführt habe: „[I]t is important also to notice just how many people never had occasion to hit against these boundaries, and genuinely felt that they were able to lead ›perfectly normal lives‹.“<sup>7</sup> *[Es ist auch wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, wie viele Menschen nie in die Lage gekommen sind, an diese Grenzen zu stoßen und davon überzeugt waren, „vollkommen normale Leben“ zu führen. Übers. d. Red.]*

Unterstützung fand die Konzeptionalisierung als Gesellschaftsgeschichte der Herrschaft in der Öffnung der „Mutterfächer“ der Forschung zu den Weltanschauungsdiktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts – der Nationalsozialismus-Forschung und der Stalinismus-Forschung – für Zugriffe „von unten“, verbunden mit einer stärker akteurszentrierten Täterforschung und der Frage nach den gesellschaftlichen Vermittlungspraxen der beiden Systeme.<sup>8</sup> In jüngerer Zeit strahlte diese Forschung auch auf die gesellschaftsgeschichtliche Neukonzeptualisierung des europäischen Nachkriegsstalinismus und der unter dem Begriff „Sowjetisierung Ostmitteleuropas“ zusammengefassten Prozesse aus. Ost- und westeuropäische Wissenschaftskulturen arbeiten sich hier im Kontext der Identitätsfindungsprozesse der Europäischen Union aneinander ab.<sup>9</sup>

Gleichwohl lassen sich die Befunde zur extrem gewalttätigen staatlichen Repression und Gesellschaft in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nicht umstandslos auf die späteren Verhältnisse projizieren. Im Falle der DDR sind hier zwei Phasen zu unterscheiden: die administrativ-terroristische Phase der stalinistischen Machtdurchsetzung bis 1956 und die zweite, sehr viel länger dauernde Phase des Poststalinismus bis zum Systemzusammenbruch 1989.

### **Stalinismus in der SBZ/DDR (1945 – 1956)**

Die Repression der ersten Phase folgte relativ klar den Mustern, wie sie in der Theoriebildung zu stalinistischen Gesellschaften herausgearbeitet worden sind: Hierzu gehört die exzessive, phasenweise gerade schrankenlose Gewaltanwendung und die Mobilisierung der kommunistischen Anhängerschaft für die innergesellschaftliche Durchsetzung und Behauptung der Ordnung nach sowjetischem Vorbild.

In der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR waren als Hauptakteure noch nicht das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit bzw. seine Vorläufer beteiligt, sondern die sowjetische Geheimpolizei.<sup>10</sup> Obgleich antifaschistisch legitimiert, schloss das sowjetische Vorgehen in der SBZ unmittelbar an die Eroberungstechniken im Baltikum und Ostpolen 1939 bis 1941 sowie in ganz Osteuropa ab 1944 an. Hierzu zählte die Tötungsgewalt als unmittelbar gesellschaftlich wirksamer Faktor, die sich im Falle der DDR verbindet mit den Speziallagern mit 189 000 Häftlingen, von denen rund ein Drittel, also etwa 63 000, starben sowie den im Volksmund berüchtigten „GPU-Kellern“ und den Militärtribunalen, die bis 1955 mindestens 1 200 Todesurteile gegen deutsche Zivilisten vollstrecken ließen. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Todesfällen in sowjetischen Gefängnissen und Arbeitslagern.<sup>11</sup>

Nach der DDR-Gründung schalteten sich die deutschen Akteure, also vor allem die SED und das MfS, zunehmend in die Repression ein. Am schärfsten zugespitzt war diese gewaltförmige Durchsetzung in dem Dreivierteljahr von der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 bis zu Stalins Tod im März 1953, jener Phase des „totalen sozialen Krieges“ (wie Falco Werkentin sie genannt hat<sup>12</sup>), in der allein nach dem „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums“ mehr als 10 000 Ostdeutsche wegen Bagatelldelikten wie zum Beispiel kleinen Diebstählen am Arbeitsplatz zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Die Rolle des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit in dieser Phase war die eines eifrigen Lehrlings, der nach Kräften seine Hilfsdienste einbrachte und sich zugleich als eigener Machtgarant zu profilieren begann. Es war übrigens in dieser Frühphase das Jahr 1952 (und nicht, wie immer wieder behauptet, die Zeit nach dem 17. Juni 1953), in dem die Staatssicherheit und der ostdeutsche Sicherheitsapparat am massivsten ausgebaut wurden. Die Niederschlagung des 17. Juni 1953 durch sowjetische Panzer zeigte allerdings, wie begrenzt die einheimischen Kräfte zu diesem Zeitpunkt in ihren Möglichkeiten noch waren.<sup>13</sup>

In der deutschen Debatte wurde die massive Gewalt dieser Phase zuweilen als mehr oder weniger legitime Reaktion auf den Nationalsozialismus interpretiert und etwa im Fall der Speziallager in den Kontext der alliierten Besatzungspolitik gestellt, die ja auch auf westlicher Seite solche Internierungslager kannte. Diesen Aspekt darf man in der Tat nicht aus dem Auge verlieren. Es fällt aber auf, wie parallel die Vorgehensweisen der sowjetischen Seite auch in Territorien waren, die eindeutig selbst zum Opfer des deutschen Vernichtungskrieges geworden waren, wie z. B. in Polen. Dieser Blick zeigt, dass

die innere Verwandtschaft zum GULAG und damit eines autochthon bolschewistisch-stalinistischen Politikmodus doch erheblich enger war als etwa die äußerliche Paralleltät zwischen Kriegsgefangenen- und Internierungslagern oder Entnazifizierungsverfahren der alliierten Siegermächte.

Natürlich erschöpft sich auch die Frühgeschichte der DDR nicht in einer „Dominanz der Repression“. Man muss auch über Aufbau-Enthusiasmus, über subjektiv ehrlichen Antifaschismus, über den Alltag einer Zusammenbruchs- und Nachkriegsgesellschaft und über die deutsch-deutsche und internationale Konfrontation des Kalten Krieges sprechen (um hier nur einige Facetten zu nennen). Aber manifeste physische Gewalt, darunter auch und besonders Tötungsgewalt, in der Tradition des sowjetischen „Stalinismus als Zivilisation“ (um Stephen Kotkin zu zitieren<sup>14</sup>) spielten in dieser Phase der SBZ- und DDR-Geschichte eine durchgreifende Rolle als Instrument der Gesellschaftspolitik der sowjetischen Hegemonialmacht und der ostdeutschen Kommunisten.

### **Umbruch zum Poststalinismus (1956 – 1964)**

Die darauf folgende Phase, die man je nach Kriterium von etwa 1955 bis 1964 terminieren kann, war von deutlichen Umbrüchen gekennzeichnet. Um hier nur einige Eckpunkte zu nennen:

Die sowjetischen Militärtribunale stellten 1955 ihre Tätigkeit ein, die sowjetische Geheimpolizei (mittlerweile in KGB umbenannt) reduzierte ihren Apparat in der DDR auf einen deutlich verkleinerten Verbindungsstab ohne unmittelbare geheimpolizeiliche Exekutivbefugnisse; die Zahl der politisch motivierten Hinrichtungen ging massiv zurück. Die Repression mittels Geheimpolizei ging damit definitiv in deutsche Hände über. Die sowjetische Garantenstellung beschränkte sich auf die militärische Garantie des Status Quo, die latente Drohung durch Truppenpräsenz und das Letztentscheidungsrecht in grundlegenden Sach- und Personalfragen.<sup>15</sup>

Die generelle Ausrichtung der kommunistischen Geheimpolizeien veränderte sich infolge der Entstalinisierung der KPdSU 1956 und 1961, die den exzessiven Terror als innergesellschaftliches Mittel der Politik verwarf. Es kam trotz aller Halbherzigkeiten auch in der DDR zu Massenentlassungen von politischen Häftlingen (und nebenbei gesagt auch von fast allen wegen Nazi-Verbrechen Verurteilten).<sup>16</sup> In der Gesellschaftspolitik der SED spielte manifeste Gewalt allerdings noch immer eine Rolle, wie die Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft zeigte. Diese Phase endete dann kurz nach dem

Mauerbau, der zugleich die Beton gewordene physische Gewalt symbolisierte. Damit wurde auch die bis dahin gängige Praxis von Entführungen politischer Widersacher oder abtrünniger Genossen aus Westdeutschland und Westberlin (über 400 Fälle bis 1961) weitgehend eingestellt und von einer beinahe routinierten Praxis zu einer sorgsam geheim gehaltenen Ausnahme umgestellt.<sup>17</sup> Unmittelbar danach gab es in der zweiten Jahreshälfte 1961 noch eine weitere große Verhaftungswelle, mit der im Schatten der Mauer mit politischen Gegnern und Querulanten „aufgeräumt“ wurde.

Welcher Umbruch sich vollzog, wurde 1963 deutlich, als die ersten Vereinbarungen mit der Bundesrepublik über den Freikauf von politischen Häftlingen aus der DDR geschlossen werden. Damit zeichnete sich eine paradoxe Trendwende in der Behandlung von „Staatsfeinden“ ab. Versuchte man noch kurz zuvor mit einer gewissen Regelmäßigkeit, diese auch aus dem Westen in den eigenen Herrschaftsbereich zu entführen, so machte sich nun eine merkwürdige Bereitschaft zum pragmatischen Zynismus breit, politische Gefangene gegen opulente Geld- und Warenleistungen in die Gegenrichtung zu entlassen.<sup>18</sup>

Zugleich orientierte sich die SED-Führung neu in der Suche nach einem Herrschaftsmodus, der den exzessiven Terror hinter sich ließ und der physischen Gewaltandrohung der kommunistischen Geheimpolizei eine neue Rolle zuwies. Dabei war auch die Relation zu anderen Legitimationsangeboten des Systems, wie der ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Innovation in den sechziger Jahren und schließlich den sozialen Garantien der Fürsorgediktatur in den siebziger und achtziger Jahren zu klären. Nach einer Phase ökonomischer und gesellschaftlicher Reformen etablierte sich dann ab Mitte der sechziger Jahre ein neokonservatives Parteiregime, das sich für die Sowjetunion mit dem Machtantritt Breschnews personifizierte.

### **Auf dem Wege zur „Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik“ – MfS-Expansion und Repressionsdoktrin des Poststalinismus**

Die Dynamik im Falle des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR lässt sich dabei mit wenigen Stichworten umschreiben: Erstens setzte sich das MfS – nach einer kurzen, aber intensiven Phase der Verunsicherung über seine Zukunft in der ummauerten Gesellschaft – ab 1963/64 mit einem schier schrankenlosen Expansionskurs durch, der sich in Haushaltsmitteln, Zahlen der hauptamtlichen Mitarbeiter sowie Informanten und Agenten und natürlich auch der verfolgten und überwachten Personen beziffern lässt.



Triebkraft und Begründung dieser Expansion lagen vor allem in der exponierten Lage der DDR an der Nahtlinie der Systeme. Zugleich aber stand sie für das Eingeständnis, dass das kommunistische Regime einer geheimpolizeilichen Absicherung auf Dauer bedurfte. So kam, was die Ressourcenkonzentration in der späten Ära Ulbricht und vor allem in der Ära Honecker betrifft, ein Kurs zustande, den man in Abwandlung der berühmten Honecker-Formel als „Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik“ bezeichnen kann.<sup>19</sup>

Die bis Anfang der achtziger Jahre ohne erkennbare Schranken fortschreitende Expansion des Apparates und die damit einhergehende Massenüberwachung waren begleitet von einem Wandel der gesellschaftlichen Wirkungsweise des MfS. Als Indikatoren kann man wiederum die Daten für Tötungen (Hinrichtungen, Tote in der Haft, Mordanschläge u. a.) und Gefängnisstrafen nehmen. Die Tötung von politischen Gegnern und Opfern ging deutlich zurück. Von DDR-Gerichten sind insgesamt 208 Todesurteile vollstreckt worden, davon 60 nach 1956.<sup>20</sup> (Von den Hinrichtungen ergingen 52 wegen politischer Delikte, 90 wegen NS-Verbrechen und 66 wegen krimineller Delikte.) 1981 wurde die letzte Hinrichtung vollzogen, 1987 die Todesstrafe abgeschafft. Es gab allerdings eine gewichtige Ausnahme: Zum Hauptschauplatz des Einsatzes von Tötungsgewalt wurden die Grenzen der DDR, und zwar nahezu ungebrochen bis zur Aufhebung des Schießbefehls durch Erich Honecker im April 1989.<sup>21</sup> Vorbehaltlich genauerer Prüfungen der Einzelfälle muss hier von bis zu 865 Toten ausgegangen werden.<sup>22</sup>

Wenn man über den Wandel der Repressionsstrategien in den siebziger und achtziger Jahren spricht, dann sind auch die so genannten Zersetzungsmaßnahmen des MfS zu erwähnen. Sie gelten in der öffentlichen Wahrnehmung heute als eine Art Non-plus-Ultra für die psychologische Perfektionierung der totalitären Durchdringung, als Symbol einer Gesellschaft, in der es scheinbar durchaus Freiräume und Nischen gab, in der aber durch subtile Manipulation die Stasi hinter den Kulissen alles gesellschaftliche Leben lenkte.<sup>23</sup> Ohne Zweifel standen der Aufwand, die bürokratische Präzision und die Skrupellosigkeit, mit der Zersetzungsmaßnahmen detailliert entwickelt und in den Akten dokumentiert wurden, für das Exzesshafte der Stasi-Expansion. Gleichwohl sollten zwei Fakten nicht aus dem Blick geraten: Zum einen war nur ein relativ kleiner Personenkreis von Zersetzungsmaßnahmen im Sinne der MfS-Definition tatsächlich betroffen. Im Verhältnis zu den mehreren Tausend Verhaftungen pro Jahr erlangte diese Methode niemals die Dominanz, die ihr heute in der Erinnerung und Erinnerungspolitik zugeschrieben wird. Zweitens

wohnte den Zersetzungsmaßnahmen durchaus ein defensives Kalkül inne. Wenn ein Weltanschauungsregime, das zwanzig Jahre zuvor nichts dabei fand, Millionen von Menschen in Arbeitslagern dahinvegetieren und sterben zu lassen, nun mit Hilfe von grotesken Aktionen wie anonymen Telefonanrufen oder dem Ausstreuen von Gerüchten über vermeintliche Liebesbeziehungen versuchte, Oppositionelle zu zermürben und den Zusammenhalt von illegalen Gruppen zu zerrütten, so zeugt dies auch von einem substantiellen Kräfteverlust, der das Unvermögen zur Gegenwehr im Herbst 1989 bereits vorwegnimmt. Auch wenn man sich der im Einzelfall tiefgreifenden Folgen für die Opfer bewusst ist, wird man hier einen qualitativen Unterschied zu den Verhältnissen der fünfziger Jahre erkennen.

### **Umfassende Kontrolle und selektive Repression**

Dass die Stasi nicht nur beobachtete, sondern ein unmittelbares Verfolgungsorgan war, blieb präsent. Dafür sorgten viele traumatische Erinnerungen aus der Frühphase, die die SED mit einem strengen Schweigegebot für einstige Häftlinge belegte. Nach dem Mauerbau waren es vor allem Flucht- und Ausreisewillige, die eine Inhaftierung traf. Mit dem Anschwellen der Ausreisebewegung in den achtziger Jahren stiegen die Verhaftungszahlen erneut auf über 2 500 pro Jahr an. Das Drohpotential aus der Zeit des Stalinismus wirkte dabei aus verschiedenen Gründen fort: die oberflächliche Entstalinisierung von 1956 war nicht als grundsätzlicher Bruch mit der früheren Verfolgungspraxis wahrgenommen worden. Es war wahrnehmbar, dass die Verfolgungspraxis mittlerweile meistens weniger gravierend war, aber als Drohkulisse blieb sie in aller Willkür bis zum Schluss enthalten. Dies zeigte sich etwa 1989 in der ambivalenten Haltung der Oppositionellen und Demonstranten, die es wagten, auf die Straße zu gehen, aber eine „chinesische Lösung“ keineswegs für völlig undenkbar hielten. Insofern wirkte hier der ideologische Gewaltkern der stalinistischen Zivilisation im Poststalinismus fort. Gleichwohl rückte anstelle der akuten Verfolgung die allseitige Überwachung durch die präventive Sicherheitsbürokratie in den Vordergrund der Wahrnehmung. Damit verwandelte sich die Staatssicherheit für die Mehrheit der Ostdeutschen eher in eine unabänderliche Rahmenbedingung „wie ein kratzendes Unterhemd“ (Jens Reich<sup>24</sup>) als eine stets akute, persönliche Bedrohung.

In den Bildern und verdeckten Diskursen dominierte damit die Massenüberwachung mittels Wanzen, Postkontrolle und Informanten. Aus persönlichen Konfrontationen mit

Vertretern der Staatssicherheit, abgelehnten Reiseanträgen, verloren gegangenen oder offenkundig geöffneten Briefen, dem vieldeutigen Knacken in der Telefonleitung und den umherschwirrenden Gerüchten über diese oder jene merkwürdige Begebenheit, hinter der „bestimmt“ die Stasi stecke, formte sich der Mythos ihrer Allgegenwart. Dieser Mythos basierte im Kern auf dem inhärenten „Nicht-Wissen“, das die Staatssicherheit kontinuierlich produzierte. So entspann sich ein ganz eigener Diskurs von Begegnungen mit der Stasi, in dem sich die Angst mit der Hoffnung auf einen kleinen Akt der Selbstbehauptung mischte: die Verhöhnung des vermeintlichen Mithörers im Telefongespräch, die Mutmaßungen über den erkannten Spitzel im Kollegenkreis. Dieser „volkseigenen Stasi-Erfahrung“ entsprachen ironische Beiklänge und doppelte Kommunikationsebenen in Flüsterwitzen und Gerüchten, die die Benennung durch tabuisierende Umschreibungen wie „Firma“, „Konsum“ oder „VEB Horch und Guck“ vermieden.

### **Zur Präsenz der Staatssicherheit als Überwachungsinstanz – soziale Funktion und Wirkung des Informantennetzes**

Wenn man die gesellschaftliche Präsenz diskutiert, kann man natürlich nicht nur den Wahrnehmungshorizont der DDR-Einwohner zum Maßstab nehmen, sondern muss auch die tatsächliche Ausbreitung des MfS und ihre Funktionen betrachten. Hinter dem Stichwort „flächendeckend“ stand eine Präsenz im territorialen und sektoralen Sinn, die für jeden gesellschaftlichen Bereich mit Ausnahme des hauptamtlichen Apparates der SED eine so genannte „Linie“ unterhielt, also einen Zweig von Fachabteilungen für die Wirtschaft, den Staatsapparat, die Armee, das Gesundheitswesen, die Reichsbahn usw. Daran schloss sich ein breit angelegtes System von Sicherheitsbeauftragten und inoffiziellen Informanten an. Diesem Modus der umfassenden Kontrolle und selektiven Repression entsprachen Struktur und Funktion des Informantennetzes, das seit Mitte der sechziger Jahre massiv ausgebaut wurde und Mitte der siebziger Jahre seinen größten Umfang mit mindestens 180 000 Informanten erreichte.

Die Enthüllungen spektakulärer IM-Fälle und die verbreitete Rede von der „flächendeckenden Überwachung“ haben hier zwei Tendenzen begünstigt: Einerseits verbanden sich die Bilder vom inoffiziellen Mitarbeiter mit solchen prominenten Fällen wie Ibrahim Böhme oder Wolfgang Schnur und lenkten den Focus auf die Szene von Opposition und Dissidenz. So schillernd und bestürzend solche Fälle sind, zeigen sie doch nur einen kleinen Ausschnitt der IM-Tätigkeit.

Umgekehrt führten schiere Masse und scheinbare Allgegenwart des Informantennetzes dazu, dass das Thema nicht mehr soziologisch, sondern psychologisch oder moralisch-anthropologisch behandelt wurde. Selbst der sonst die ostdeutsche Gesellschaft so einfühlsam und verständnisvoll interpretierende Wolfgang Engler überholt an diesem Punkt manchen Totalitarismustheoretiker: „Hier geht es [...] um ein Versagen von wahrhaft anthropologischem Ausmaß. Bringe niemanden ohne Not in Bedrängnis, missbrauche das Vertrauen deiner Nächsten nicht, spiele kein doppeltes Spiel – es gibt keine Gesellschaft, in der diese Grundsätze nicht wenigstens stillschweigende Anerkennung genossen. [...] Im Fallenlassen aller Vorsicht, in der Preisgabe des persönlichen Gewissens erscheinen alle Vorzüge, alle Tugenden der Ostdeutschen noch einmal, nur mit umgekehrten Vorzeichen, als Nachteile und Laster.“<sup>25</sup> Es ist aber notwendig, einen genaueren Blick darauf zu werfen, wie in einer Gesellschaft, die zunehmend von einer Entutopisierung und damit auch einer Rücknahme von ideologischen Durchgriffsansprüchen geprägt war, die soziale Präsenz tatsächlich verteilt war und vor Ort wirkte.

Schwerpunkte waren einerseits der Sicherheitsapparat im engeren und weiteren Sinne, einschließlich der Rüstungswirtschaft und der allseitig implantierten Sicherheitsstrukturen in Staatsapparat und Betrieben. Im Ergebnis der MfS-Expansion herrschten die höchsten IM-Quoten in den bewaffneten Organen selbst mit Relationen von ca. 1 zu 10 bis 1 zu 20 IM pro Mitarbeiter. Zum anderen nahm die IM-Dichte in der Ranghierarchie der Nomenklaturkader nach oben zu, so dass etwa in der Generalität der NVA oder unter Ministern und Stellvertretern, Staatssekretären und Hauptabteilungsleitern im Ministerrat der DDR die Dichte in ähnlichen Größenordnungen oder noch höher gelegen haben dürfte. Dem entsprach auch die Geschlechterverteilung und die Parteizugehörigkeit: 90 Prozent der IM waren Männer und 40 bis 50 Prozent SED-Mitglieder – letztere entgegen ständiger Mahnungen des Ministers, auch außerhalb dieser Klientel Informanten zu werben.<sup>26</sup>

Hinter erheblichen Teilen des Informantennetzes verbarg sich also eine strukturelle Doppelung der sozialistischen Dienstklasse, die als Parteimitglieder, Nomenklaturkader und militärische Geheimnisträger ohnehin in einem besonderen Loyalitätsverhältnis zur sozialistischen Staatsmacht standen. Einzige Ausnahme war der hauptamtliche Parteiapparat der SED selbst, für den die Parteiführung ein striktes Durchdringungsverbot ausgesprochen hatte, dass nur im Einzelfall auf Anweisung durchbrochen werden durfte.

Neben dieser inoffiziellen Durchdringung der oberen Ränge der DDR-Gesellschaft gehörte es zur ständigen Praxis der Staatssicherheit, auch offizielle Kontakte mit Amtsträgern aller Art, Betriebsdirektoren, Parteisekretären, Kaderinstruktoren usw. zu pflegen. Der Besuch von der „Firma“ rückte im Leiteralltag gleichsam in den Rang der Normalität. Hauptzwecke dieser MfS-Präsenz waren das Einholen von Berichten und Einschätzungen, vor allem im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen, (West-) Reise genehmigungen usw., sowie der Klärung und gegebenenfalls Intervention bei „Vorkommnissen“, die von Betriebsunfällen und Maschinenschäden bis zu politischen Klosprüchen reichen konnten. Auch die Anweisung von Entlassungen oder Nichteinstellungen missliebiger Personen gehörte zum Spektrum.

In einer Gesellschaft, die aufgrund der bürokratisierten offiziellen Kommunikations- und Aushandlungsstrukturen viele Funktionen in persönliche Beziehungsnetze verlegte, lag der Gedanke nahe, in solchen Kontakten die Interventionsmacht der Staatssicherheit für die eigenen Notwendigkeiten zu nutzen. Ein solcher „Draht“ war vermutlich beinahe ebenso wichtig wie der zu den zuständigen Parteisekretären. Für die Staatssicherheit rangierten die geheimpolizeilichen Interessen vor ökonomischer Effizienz, darauf hatten sich auch die Kooperationspartner einzustellen. Insofern wirkte sie auch nur eingeschränkt als Ersatz für die fehlenden intermediären Institutionen der DDR-Gesellschaft. Doch wie steht es nun mit der Wirkung der MfS-Präsenz an der gesellschaftlichen Basis? Hier lassen sich nur vorläufige Antworten formulieren, da die Forschung erst begonnen hat. Die dargelegten Schwerpunkte des IM-Netzes sollten nicht darüber hinweg täuschen, dass auch außerhalb dieser Sphären inoffizielle Überwachung auf der Tagesordnung war. IM in Schlüsselpositionen wie Betriebsdirektoren, Sicherheitsbeauftragte oder Kaderinstruktoren waren neben der Kontrolle ihrer eigenen Sphäre natürlich ebenso prädestiniert, die unteren Ränge ihrer Betriebe oder Einrichtungen im Blick zu behalten. An der gesellschaftlichen Basis selbst jedoch hatte es die Staatssicherheit schwerer, Informanten zu gewinnen.

Zudem hatten die Informanten in einem gesellschaftlichen Umfeld zu agieren, das jenseits der einschlägigen offiziellen Rituale von einer relativen Entpolitisierung des alltäglichen Lebens geprägt war. Es bildete sich die eigentümliche Schichtung heraus, in der diejenigen, die auf politische Artikulation und Partizipation, Bildungszugänge und berufliche Aufstiegsperspektiven verzichteten, keineswegs nur Lebenschancen verloren, sondern auch (bei relativer materieller Sicherheit) an persönlicher Freiheit gewinnen

konnten. Im Betriebsleben selbst waren Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte weiterhin „entstasifiziert“, d. h. die in den fünfziger Jahren gängige Verfolgung von etwaigen Anhängern und Kontaktleuten der Ostbüros von SPD und DGB etc. spielten keine Rolle mehr, weil die entsprechenden Milieus ausgetrocknet worden waren. Es erfolgte keine gezielte Politisierung seitens des MfS mehr, sofern die beteiligten Arbeiter sie nicht selbst provozierten. Typische Anlässe für Auftritte der „Firma“ an Werkbänken und Maschinen waren eher Betriebsunfälle und Maschinenschäden, bei denen entweder ein größerer, volkswirtschaftlich relevanter Schaden zu beklagen war oder der Verdacht bewusster Sabotage aufkam. Von den MfS-Massenaufgaben, wie Sicherheitsüberprüfungen und Geheimnisschutzvorkehrungen, waren Arbeiter nur dann betroffen, wenn sie zum Beispiel als Monteure zum (West-)Reisekader erhoben werden sollten oder die Produktion militärisch relevant war, oder wenn sie selbst privat in den Westen reisen oder gar ausreisen wollten.<sup>27</sup>

Damit haben wir einen zwiespältigen Befund: Einerseits ist klar, dass der besondere Stellenwert der Informanten für die Staatssicherheit im Unterschied zu anderen Repräsentanten des Herrschaftsapparats gerade in ihrer sozialen Nähe zu den Beobachteten lag. In einer Gesellschaft, die zunehmend von der sorgfältigen Spaltung zwischen äußerlicher Systemloyalität und privater Lebenswelt geprägt war, standen sie somit für die Strategien des Systems, diese Trennung über Kollegen, Vorgesetzte, Nachbarn, Freunde und Bekannte zu durchbrechen. Die Rekrutierungszahlen und der irrsinnige Aufwand, den die Staatssicherheit auf diesem Gebiet trieb, unterstreichen diese Funktion nachdrücklich. Und wenn man sich die aus den IM-Meldungen gewonnene Berichterstattung anschaut, wird deutlich, dass zumindest auf der Ebene des sekundären persönlichen Umfelds (also nicht der engsten Familie, aber in der „Halböffentlichkeit“ der Hausgemeinschaft, des Kollegenkreises usw.) die Überwachung dicht und der Informationsfluss breit war. Aber zugleich reproduzierten sich im Informantennetz tendenziell die gesellschaftliche Struktur des späten Staatssozialismus und damit auch die nachlassende ideologische Durchdringungskraft des gesamten politischen Systems.

An diesen Befund schließen sich eine Fülle von Fragen zu den Motivgeflechten und Handlungsmaximen von inoffiziellen Mitarbeitern an, die tief in die historische Denunziationsforschung führen und zu denen die Stasi-Forschung jenseits der allfälligen internen Prozentzahlen des MfS zur vermeintlichen „hohen politischen Überzeugung“ als Hauptmotiv bislang wenig beigetragen hat. Fortschritte sind hier von dem mittlerweile

begonnenen mikrohistorischen Projekt der Stasi-Unterlagen-Behörde und des ZZF zum Kreis Halberstadt zu erwarten.<sup>28</sup>

## **Resümee**

Im Ergebnis von zwanzig Jahren Forschung ist deutlich geworden, dass der Herrschaftsmodus der poststalinistischen Gesellschaft auf einer Kombination von harten und weichen Stabilisatoren beruhte, also auf einer Kombination von angedrohter oder tatsächlich realisierter Repression und sozialpolitischen Integrationsangeboten. Die SED trieb die Totalität ihres ideologisch begründeten Machtanspruchs einerseits mit dem hypertrophen Ausbau des Sicherheitsapparates in ungekannte Größenordnungen, nahm aber die Gewalttätigkeit schrittweise zurück. Unter dem Druck von ökonomischen und sozialen Modernisierungszwängen und kultureller Westorientierung entstanden gesellschaftliche Sphären, in denen die Stasi-Repression als Faktor des täglichen Lebens an Bedeutung verlor bzw. sich vom Status einer manifesten zu einer potentiellen Bedrohung verschob. Insofern gehen Charakterisierungen als „verfeinerte“ Form des Totalitarismus an der Sache vorbei. Sie operieren mit einer fragwürdigen Bedeutungsverschiebung des Totalitären weg von dessen Tötungsgewalt und gehen an den faktischen Begrenzungen der ideologisch begründeten Machtdurchsetzung vorbei. Die totalitären Ansprüche waren nicht einfach verschwunden, sondern noch immer präsent. Aber sie waren nicht mehr in vollem Umfang durchsetzbar und wurden in der praktischen Politik auch von SED- und MfS-Führung nicht mehr als durchsetzbar betrachtet. Dies berechtigt meines Erachtens nach, von einer „poststalinistischen“ und insofern auch „posttotalitären“ Gesellschaftsverfassung zu sprechen. Die Staatssicherheit und ihre Repression waren durchaus tendenziell als gesellschaftlicher Faktor präsent und sind insofern für das Gesamtverständnis der DDR-Gesellschaft und ihrer Entwicklung auch in der späten Phase unmittelbar bedeutsam, aber keineswegs allseits dominant.

## Anmerkungen

- 1 So Horst Möller und Joachim Gauck in einer Anhörung zu den Empfehlungen der Expertenkommission; Sabrow, Martin (Hrsg.): *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, Göttingen 2007, S. 56 und 80.
- 2 Im Folgenden kann ich nur einige besonders wichtige Titel der nahezu unüberschaubaren Literatur erwähnen. Für alles weitere vgl. meine Bände: *Die Stasi 1945–1990*, München 2011 und (Hrsg.): *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007.
- 3 Als frühe Klassiker: Fricke, Karl Wilhelm: *Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Arbeitsfelder*, 3. Auflage, Köln 1989 sowie MfS intern. *Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation*, Köln 1991; Gill, David / Schröter, Ulrich: *Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums*, Berlin 1991.
- 4 Als Überblick: Herbstritt, Georg / Müller-Enbergs, Helmut (Hrsg.): *Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland*, Bremen 2003.
- 5 Henke, Klaus-Dietmar: *Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4/1993, S. 575–587, hier 585 f.; Vollnhals, Clemens: *Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaft*, in: Kaelble, Hartmut / Kocka, Jürgen / Zwahr, Hartmut (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 498–518; Schroeder, Klaus: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998, S. 643–648.
- 6 Kaelble / Kocka / Zwahr 1994; Lindenberger, Thomas (Hrsg.): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur*, Köln u. a. 1999; Themenheft zur Sozialgeschichte der DDR von *Geschichte und Gesellschaft* 1/1993, S. 5–14.
- 7 Fulbrook, Mary: *The People's State. East German Society from Hitler to Honecker*, New Haven/London 2005, S. 297.
- 8 Geyer, Michael / Fitzpatrick, Sheila (eds.): *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009.
- 9 Tismaneanu, Vladimir: *Stalinism Revisited. The Establishment of Communist Regimes in East-Central Europe*, Budapest/New York 2009; Gross, Jan T.: *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton/Oxford, expanded Version 2002.
- 10 Foitzik, Jan / Petrow, Nikita W.: *Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945–1953*, Berlin 2009.
- 11 Reif-Spirek, Peter / Ritscher, Bodo (Hrsg.): *Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“*, Berlin 1999; ausführlicher: Mironenko, Sergej / Niethammer, Lutz / Plato, Alexander von (Hrsg.): *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, 2 Bde., Berlin 1998.
- 12 Werkentin, Falco: *Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2002, S. 23–54.
- 13 Engelmann, Roger: *Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise. Das MfS 1953 und 1961*, in: Diedrich, Torsten /



- Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.): Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, Berlin 2005, S. 139–151.
- 14 Kotkin, Stephen: *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley u. a. 1997.
  - 15 Engemann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950-1959, in: Suckut, Siegfried/Süß, Walter (Hrsg.): *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*, Berlin 1997, S. 51–72.
  - 16 Werkentin, Falco: *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht*, Berlin 1994, S. 408.
  - 17 Muhle, Susanne: Mit „Blitz“ und „Donner“ gegen den Klassenfeind. Kriminelle im speziellen Westeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Dies./Richter, Hedwig/Schütterle, Juliane (Hrsg.): *Die DDR im Blick, Ein zeithistorisches Lesebuch*, Berlin 2008, S. 159–167.
  - 18 Wölbern, Jan Philipp: Die Entstehung des „Häftlingsfreikaufs“ aus der DDR, 1962–1964, in: *Deutschland Archiv*, 41 (2008) 5, S. 856–867.
  - 19 Vgl. ausführlicher: Gieseke, Jens: Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik. Militarisierung und Überwachung als Probleme einer DDR-Sozialgeschichte der Ära Honecker, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 11/2003, S. 996–1021.
  - 20 Werkentin, Falco: Die politische Instrumentalisierung der Todesstrafe in der SBZ/DDR, in: *Materialien der Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“*, Bd. II/1, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, S. 101–192.
  - 21 Süß, Walter: „Lieber einen Menschen abhauen lassen...“ Wie es vor zehn Jahren zur Aufhebung des Schießbefehls kam, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 02. 02. 1999, S. 14.
  - 22 Vgl. ausführlicher: Hertle, Hans-Hermann/Sälter, Gerhard: Die Todesopfer an Mauer und Grenze. Probleme einer Bilanz des DDR-Grenzregimes, in: *Deutschland Archiv* 4/2006, S. 667–676.
  - 23 Pingel-Schliemann, Sandra: *Zersetzen. Strategie einer Diktatur*, Berlin 2002.
  - 24 Reich, Jens: Sicherheit und Feigheit – der Käfer im Brennglas, in: Suckut/Süß: *Staatspartei und Staatssicherheit*, S. 25–37, zuerst 1989 veröffentlicht unter dem Pseudonym Thomas Asperger in *Lettre international*.
  - 25 Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 295 und 297.
  - 26 Müller-Enbergs, Helmut: IM-Statistik 1985-1989, in: *BF informiert* 3/1993, BStU, Berlin 1993.
  - 27 Hürtgen, Renate: „Stasi in der Produktion“ – Umfang, Ausmaß und Wirkung geheimpolizeilicher Kontrolle im DDR-Betrieb, in: Gieseke, Jens (Hrsg.): *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 295–317.
  - 28 Münkler, Daniela: *Staatssicherheit in der Region. Die geheimen Berichte der MfS-Kreisdienststelle Halberstadt an die SED*, S. 31–38; Engemann, Roger: Eine Regionalstudie zu Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus. Methodische Fragen, Erkenntnisziele, Quellen, in: Gieseke: *Staatssicherheit und Gesellschaft*, S. 167–186.

## **„Es hat niemand im Entferntesten was geahnt, denn von Zwangsaussiedlungen und von Wegschaffen von Leuten, die nicht zuverlässig sind, war überhaupt keine Rede“**

### **Die Errichtung einer Sperrzone an der Demarkationslinie der DDR zur Bundesrepublik und die dort durchgeführten Zwangsaussiedlungen im Frühsommer 1952**

Rainer Potratz

„... es hat niemand im Entferntesten was geahnt, denn von Zwangsaussiedlungen und von Wegschaffen von Leuten, die nicht zuverlässig sind, war überhaupt keine Rede, gar nicht. Und sie sind also mittags um halb zwölf vorgefahren, haben einen Laster dabei gehabt und mehrere Leute. Ich kann heute nicht mehr genau sagen, wie viele das waren, es waren mindestens vier, vielleicht waren es sechs oder acht, die gepackt haben, und haben meiner Mutter ein Schreiben vorgelegt. Ich habe in der Zeit oben gegessen und Schulaufgaben gemacht, habe aber diesen Wagen immer tuckern gehört und gedacht: Was ist denn nun da bloß los? Und auf einmal ruft meine Mutter. Da hab' ich geglaubt, ich soll zum Mittagessen 'runterkommen. Ich war an dem Tag schon aus der Schule zurück, ausnahmsweise relativ früh. Und ich bin nicht sofort gegangen und aufgesprungen, und da rief meine Mutter noch mal, und als ich 'runterkomme, sagt sie: ‚Wir müssen sofort weg.‘ Und erzählte, dass sie ein Schreiben hat unterschreiben müssen, wo drin stand, dass wir für die Fünf-Kilometer-Zone nicht tragbar wären und die Sperrzone verlassen müssten. Es ist dann gesagt worden, dass wir einen halben Waggon Möbel mitnehmen dürfen, dafür war der Wagen da, und dass wir bis um sechs abends in einer Gaststätte uns sammeln müssten, die war angegeben [...].“<sup>1</sup>

Frau Blume war damals in der 11. Klasse und wollte in einem Jahr ihr Abitur absolvieren. Sie lebte mit ihren Eltern und ihrem jüngeren Bruder in Oebisfelde. Seit den 1920er Jahren führten ihre Eltern einen Lebensmittel-Großhandel. Doch nicht einmal zwei Jahre nach Gründung der DDR wurde der Betrieb der staatlich gelenkten Konsumgenossenschaft unterstellt. Der Vater durfte nicht mehr im Betrieb arbeiten, ein älterer Bruder verlor später ebenfalls seine Position in dem ehemaligen Familienbetrieb und folgte seinem ältesten Bruder in die Bundesrepublik. Das große Haus, in dem die Familie

wohnte und in dem sich auch der Betrieb befand, durften sie behalten. Und nun mussten sie binnen weniger Stunden das Haus, den Geburtsort von Frau Blume, verlassen und sollten an einen ihnen völlig unbekanntem Ort transportiert werden. Sie waren nicht die einzigen in Oebisfelde, aber es waren nur wenige Familien, die ausgesiedelt werden sollten, die meisten blieben zurück. Warum musste die Familie weg?

### **Von der Demarkationslinie zur Systemgrenze**

Die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik war bis zum Mai 1952 ein Provisorium und wurde von allen Alliierten und beiden deutschen Regierungen „Demarkationslinie“ genannt. Der Begriff wurde von den Militärs eingeführt und bezeichnete die Verwaltungsgrenze einer Besatzungsmacht gegenüber der anderen in Deutschland. Sie orientierten sich an den alten Länder- und Provinzgrenzen des Deutschen Reichs von 1942 und wurden von den drei alliierten Siegermächten USA, England und UdSSR auf ihrer Konferenz in Jalta im Februar 1945 beschlossen.<sup>2</sup> Die Demarkationslinien begrenzten die einzelnen Besatzungszonen und würden nur bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die alle anstrebten, von Bedeutung sein. Dennoch war ihr Überschreiten nicht gestattet. Nur an einzelnen Kontrollpassierpunkten und mit Interzonenpässen, die bei den Besatzungsmächten zu beantragen waren, wurde das Reisen von einer Zone in die andere gestattet. Seit Frühjahr 1948 galt diese Regelung nur noch für die Reise in und aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren DDR. Diese Grenze hatte zwar eine lange Tradition, doch war sie innerhalb des Deutschen Reichs bedeutungslos. Familiäre und freundschaftliche Beziehungen reichten in die Nachbardörfer über die Demarkationslinie hinweg. Jenseits lagen unter Umständen Äcker und Wiesen oder der Arbeitsplatz. Weder die Besatzungsmächte noch später die deutschen Grenzpolizisten beiderseits dieser Linie waren in der Lage, das nicht genehmigte Überschreiten zu verhindern – Millionen Deutsche überschritten diese Demarkationslinie mehrfach ohne Interzonenpässe. Das illegale Reisen von der sowjetischen in die britische oder amerikanische Besatzungszone oder umgekehrt war dennoch nicht ungefährlich. Vereinzelt wurden Grenzgänger getötet und mehrere hunderttausend in dieser Zeit festgenommen, aber zumeist kurz darauf wieder freigelassen.

Dies sollte am 26. Mai 1952 vorbei sein. In den Morgenstunden dieses Tages unterzeichneten der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer (CDU), und die drei westlichen Hohen Kommissare in Bonn den „Deutschlandvertrag“, auch

„Generalvertrag“ genannt. Mit ihm sollte der Besatzungsstatus für die Bundesrepublik aufgehoben werden und diese Hälfte Deutschlands die Souveränität erhalten. Dazu gehörte auch die Bereitstellung deutscher Soldaten und Offiziere für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) innerhalb der NATO, die am kommenden Tag in Paris vertraglich vereinbart wurde. Damit waren die Bemühungen Konrad Adenauers, den deutschen Weststaat in eine westeuropäisch-atlantische Allianz zu integrieren, einen großen Schritt vorangekommen. Aus Feinden wurden in Westeuropa nun Partner.<sup>3</sup>

Der östliche Teil Deutschlands nahm nach dem Zweiten Weltkrieg eine eigene Entwicklung. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in der SBZ und späteren DDR waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits sehr weit verändert worden: Im Rahmen der Bodenreform wurden alle landwirtschaftlichen Flächen enteignet, die von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Unternehmen, Banken, Versicherungen und Vermögen wurden zu großen Teilen verstaatlicht. Die Mitglieder der SPD wurden in ihrer Mehrheit 1946 zu einem Zusammenschluss mit der KPD zur SED gezwungen. Bei den späteren Wahlen durften die Parteien nicht gegeneinander konkurrieren, sondern mussten auf einer gemeinsamen Liste der Nationalen Front kandidieren, die von den Mitgliedern der SED dominiert wurde. Diese unterschiedlichen Strukturen in den beiden deutschen Staaten erschwerten eine Wiedervereinigung, auch wenn beide Seiten permanent davon sprachen. Weder die eine Seite noch die andere sah die gegnerische Regierung als legitim an. Man warf sich gegenseitig die Abhängigkeit von der jeweiligen Besatzungsmacht vor, wobei festzuhalten ist, dass der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung in freien und demokratischen Wahlen 1949 von einer großen Mehrheit der Bürger gewählt worden waren, was weder für die Volkskammer noch den Ministerrat der DDR galt.

Die Sowjetunion beschloss spätestens nach Ablehnung ihres Verhandlungsangebots über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 10. März 1952 durch die Westalliierten, die DDR stärker in ihr „Lager“ einzubeziehen. Gesellschaftliche und politische Umstrukturierungsmaßnahmen, wie etwa die Kollektivierung der Landwirtschaft oder der offene Aufbau eigener Streitkräfte unter sowjetischer Führung, die es in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn unter Führung der kommunistischen Parteien bereits gab, sollten nun auch in der DDR realisiert werden. Aus propagandistischen Gründen wartete die sowjetische Führung unter J. W. Stalin, dem Generalsekretär der in der Sowjetunion regierenden Kommunistischen Partei (KPdSU), den Vollzug der Westintegration der Bundesrepublik ab. Die Maßnahmen wurden spätestens seit Anfang April

1952 vorbereitet. Während einer Reise der führenden Funktionäre der SED, Wilhelm Pieck (Vorsitzender der SED und Präsident der DDR), Otto Grotewohl (Vorsitzender der SED, Ministerpräsident der DDR) und Walter Ulbricht (Generalsekretär der SED und stellvertretender Ministerpräsident) übermittelte Stalin den deutschen Kommunisten in zwei Gesprächen die neue Ausrichtung der sowjetischen DDR-Politik. Neben der Militarisierung des Staates und der Gesellschaft – zur gleichen Zeit propagierte die SED noch die Entmilitarisierung Deutschlands – forderte er Maßnahmen, die die Macht der SED innerhalb der Regierung und des Verwaltungsapparates stärkten. Hierzu gehörten vor allem die Auflösung der Länder und die Verschmelzung von Legislative und Exekutive in den „Räten der Bezirke“ und den „Räten der Kreise“. Auch die Demarkationslinie zur Bundesrepublik sollte von nun an stärker gesichert werden. Er schlug die Schaffung einer Sicherheitszone entlang der Demarkationslinie von der Ostsee bis zur Grenze zur Tschechoslowakei vor. Die Einzelheiten sollten in Berlin besprochen werden.<sup>4</sup>

Zwischen April und Juni 1952 kam es zu mehreren dokumentierten Treffen Wilhelm Piecks mit dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in Deutschland, an denen vereinzelt auch Walter Ulbricht teilnahm. Darüber hinaus kam es zu mindestens einem Treffen zwischen den für Sicherheitsfragen zuständigen Mitarbeitern der SKK und dem Operativstab der Deutschen Grenzpolizei (DGP) der DDR am 5. Mai 1952.<sup>5</sup>

Während dieser Treffen und vermutlich weiterer, an denen wohl auch der damalige Minister für Staatssicherheit und Mitglied von Politbüro und Sekretariat des ZK der SED Wilhelm Zaisser teilnahm, entwickelten die sowjetischen Berater ihre Vorstellungen vom Ausbau der Demarkationslinie, die scheinbar widerspruchsfrei von der SED übernommen wurden. Am 13. Mai 1952 stellte Zaisser diese Vorstellungen im SED-Politbüro vor und dieses beschloss deren sofortige Realisierung.

Die Maßnahmen sollten von einer zentralen Kommission unter der Leitung Wilhelm Zaisers vorbereitet werden und am Tag der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages – „Generalkriegsvertrag“ in der Propaganda der SED – realisiert werden. Die Kommission setzte sich ausschließlich aus Funktionären der SED im Partei- und Staatsapparat zusammen und sie erhielt die Kompetenz, Anordnungen gegenüber einzelnen Ministerien, Ländern und Kreisverwaltungen zu erlassen und durchzusetzen. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, an der gesamten innerdeutschen Grenze eine Sicherheitszone zu errichten, die mindestens 5 km tief sein sollte und die von Frem-

den nicht betreten werden durfte. Unmittelbar an der Demarkationslinie sollte ein 10 m breiter Streifen geschaffen werden, der permanent zu eggen und zu harken war. Er durfte nicht be- oder gar übertreten werden. Eine 500 m tiefe Schutzzone sollte direkt der Grenzpolizei unterstellt werden. Hier war geplant, das Verlassen der Gebäude in der Dunkelheit zu untersagen, Veranstaltungen – auch Gottesdienste – ebenso zu verbieten wie den Aufenthalt in Gasthäusern, weshalb man auch plante, diese zu schließen. Zur Durchsetzung der Maßnahmen sollten die gesamte Bevölkerung in dem 500-m-Schutzstreifen und im 5 km tiefen Sperrgebiet überprüft werden, wie auch alle Bürgermeister, Parteifunktionäre, Beschäftigte der staatlichen und genossenschaftlichen Einrichtungen und selbst die Mitarbeiter der Kreisverwaltungen in den Grenzkreisen. Während bei den Mitarbeitern der staatlichen und genossenschaftlichen Einrichtungen überprüft werden sollte, ob sie als politisch zuverlässig genug galten, um in dieser sicherheitspolitisch relevanten Gefahrenzone die Politik der SED vertreten zu können, war bei den Anwohnern zu untersuchen, ob sie nicht eine Gefährdung darstellten und auszuweisen waren. Allerdings war nie geplant, diese Sicherheitszone – weder den 500-m-Schutzstreifen noch das 5 km tiefe Sperrgebiet – „zu entvölkern“. Zur Durchsetzung der Planungen unterstellte das Politbüro der zentralen Kommission zweiköpfige „Operative Kommissionen“, die jeweils für zwei Kreise an der Demarkationslinie zuständig waren. Sie hatten umfangreiche Kompetenzen und waren gegenüber den staatlichen Verwaltungsorganen weisungsbefugt. Formal sollten alle diese Kommissionen durch eine Verordnung des Ministerrats der DDR legitimiert werden – diese wurde am 26. Mai 1952 auf einer Sondersitzung beschlossen.

### **Die Planung und Durchführung der Zwangsaussiedlungen**

In die Vorbereitungen für die Schaffung der Sicherheitszone an der Demarkationslinie und die geplanten Zwangsaussiedlungen aus diesem Gebiet waren nur wenige Personen einbezogen. Sie gehörten alle der SED an. Die Auswahl der Auszusiedelnden und die Durchführung der Maßnahmen regelte der Befehl 38/52 vom 26. Mai 1952 des Chefs der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP), Karl Maron. Ihm lag eine sowjetische Vorlage zu Grunde, die in der zentralen Kommission am 20. Mai 1952 diskutiert worden war. Der Befehl führte 4 Gruppen von Personen auf, die aus der Sperrzone – dem 500-m-Schutzstreifen und dem 5-km-Sperrgebiet – auszusiedeln waren:

- a) „Ausländer und Staatenlose,
- b) Personen, die nicht polizeilich gemeldet waren,
- c) Personen, die kriminelle Handlungen begangen haben und bei denen zu vermuten ist, dass sie erneut straffällig werden,
- d) Personen, die wegen ihrer Stellung in und zu der Gesellschaft eine Gefährdung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darstellen.“<sup>6</sup>

Die Vorauswahl der Personen oblag dreiköpfigen Kommissionen mit Mitarbeitern der Volkspolizeikreisämter (VPKÄ). Sie sollten kurze Begründungen verfassen und ihre Ergebnisse den Kreiskommissionen vorlegen, in denen die Vorsitzenden der SED, der VPKÄ, der Kreisdienststellen des MfS und des Kreises saßen, sofern sie Mitglieder der SED waren. Sie hatten die Vorschläge zu bewerten und ihre Liste an vergleichbare Kommissionen in den Ländern weiterzureichen. Die Operativen Kommissionen in den Grenzkreisen hatten ebenfalls ein Mitentscheidungsrecht. Auf der Grundlage der von den Ländern beschlossenen Listen sollten anschließend die Aussiedlungen erfolgen. Hierzu sollten die ausgewählten Familien ursprünglich 48 Stunden Zeit haben. Die Durchführung sah letztendlich anders aus.

Bereits am 26. Mai 1952 wurde im Grenzgebiet eine Polizeiverordnung veröffentlicht, die das neue Grenzregime verkündete. Hier wurde das dreistufige System des Sperrgebiets beschrieben und die Regeln für den Aufenthalt verkündet. Anschließend wurde die gesamte Bevölkerung im Gebiet registriert. Alle Bewohner der 5-km-Zone erhielten einen Stempel der Volkspolizei im Personalausweis, mit dem sie berechtigt waren, ihre Wohnorte im Grenzgebiet zu betreten. Die Bewohner im 500-m-Schutzstreifen erhielten einen weiteren Stempel der Grenzpolizei. Nur sie durften von nun an diesen Streifen betreten. Parallel hierzu wurden Schilder aufgestellt, die die Grenzen der Schutzzone und des Sperrgebiets markierten. Anwohner sowie Arbeiter aus den Betrieben im Innern der Länder und Angehörige der Maschinen-Ausleihstationen (MAS) begannen mit der Rodung eines 10-m-Streifens an der Demarkationslinie.

Die Kriterien des Befehls 38/52 waren im Hinblick auf die Gruppen c und d ungenau. Die Karteien der Polizei und des damals noch schwach ausgebauten Ministeriums für Staatssicherheit beruhten vor allem auf Gerüchten und Spitzelberichten. Die Angehörigen der Gruppe c sollten mittels Anzeigentagebüchern und den Berichten des Sektionsdienstes der Schutzpolizei ermittelt werden. Gerichtsurteile waren nur im Ausnahmefall heranzuziehen. Eine Aussiedlung Vorbestrafter, die ihre Strafe bereits verbüßt hatten,

ist rechtswidrig, sofern nicht ein Gericht die Aussiedlung angeordnet hätte. Ebenso rechtswidrig ist die Aussiedlung potentieller politischer Gegner. Auch dieser Kreis sollte mit Hilfe der Spitzelberichte oder z. B. der Festnahmeberichte der Grenzpolizei (beim illegalen Überschreiten der Demarkationslinie Festgenommener) ermittelt werden. So finden sich in den Begründungen vor allem Zitate der Betroffenen, in denen sie sich kritisch zur SED-Politik, zur Grenzpolizei oder der Besatzungsmacht geäußert hatten. In anderen Fällen werden verwandtschaftliche Beziehungen über die Grenze genannt. Letztendlich ließ der Befehl 38/52 den Mitarbeitern der VPKÄ einen großen Spielraum, den sie dazu nutzten, viele Bewohner des Sperrgebiets auf die Listen zu setzen. Sieben Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs war die Zustimmung der Bevölkerung zur Politik der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht – vorsichtig formuliert – zurückhaltend. Nicht selten hatte die SED Probleme, in dieser ländlichen Gegend Mitglieder zu gewinnen und überzeugte Mandatsträger zur Besetzung der zahlreichen Funktionen zu finden. Von daher bot der Befehl 38/52 die Möglichkeit, breite Teile der Grenzbevölkerung in das Innere der DDR auszusiedeln. Doch dies war nicht beabsichtigt. Von daher strichen in einigen Kreisen – z. B. Sonneberg in Thüringen – die Kommissionen viele der genannten Personen. Für die letztendlich Ausgesiedelten verschärfte das das Problem: Ihnen wurde kein überzeugender Grund für die Aussiedlung genannt. Die Mehrheit der Nachbarn und auch jener, von denen man dachte, sie hätten vergleichbare politische Ansichten, durften bleiben. Und illegal über die Grenze waren sowieso zumindest alle jungen Männer mehrfach gegangen. Letztendlich waren es weniger als 3 % der Bevölkerung des neu geschaffenen Sperrgebiets an der Grenze der DDR zur Bundesrepublik, die zwischen dem 29. Mai und 15. Juni 1952 in das Innere der DDR umgesiedelt wurden.

Diese Stigmatisierung setzte sich in der Form der Aussiedlung fort. In der Regel erfuhren die Familienvorstände im Laufe des Vormittags, dass sie bis zum Abend des gleichen Tages ihr Haus zu verlassen hatten. Die Personalausweise mit dem Stempel wurden ihnen abgenommen und statt dessen erhielten sie ein Formular, was ihren Bewegungsspielraum einengte. Anschließend wurden die Möbel verladen. Hierbei durfte nicht mehr mitgenommen werden als in einen halben Güterwagen der Deutschen Reichsbahn (RB) passte. Landwirte und andere Selbstständige mussten ihr Inventar zurücklassen. Es wurde geschätzt und später entschädigt. Die Zwangsauszusiedelnden wurden 1952 vor allem mit Zügen der RB an die noch unbekanntenen Zielorte transportiert. Die Ziele wurden in den meisten Kreisen nicht genannt und die Züge fuhren nicht selten von außerhalb der Ortschaften liegenden Güterbahnhöfen ab. Die Fahrt ging nachts an ein





Grenzdenkmal Hötensleben mit Kunstinstallation „Aktion Ungeziefer“ aus der Luft

unbekanntes Ziel, was die Angst der Opfer erhöhte. Viele erinnern sich an Gerüchte im Zug, dass es nach Polen oder in die Sowjetunion gehen könnte. Erst am folgenden Morgen erreichte die Züge ihre Ziele – auch wenn die Entfernung geringer als 200 km war, benötigten die Züge nahezu die ganze Nacht. Am Zielbahnhof standen erneut Fuhrwerke, auf denen die Habe verladen wurde. Diese fuhren sie an ihnen unbekannte Orte. Die Quartiere, die man ihnen als „neue Heimat“ anbot, waren nicht nur kleiner und schlechter als die verlassenen Häuser im Grenzgebiet, sondern in nicht wenigen Fällen waren sie aus hygienischen oder baulichen Gründen nicht zumutbar: Ohne Küche oder Bad mit Wasseranschluss, teilweise nicht heizbar oder gar ohne elektrisches Licht. Es waren jene Gebäude, die die ortsansässige Bevölkerung nicht bewohnen wollte, oder die Ausgesiedelten wurden einfach Hauseigentümern gegen deren Willen zugewiesen. So kam Familie Blume in eine Mühle im Kreis Herzberg. Die Wohnräume waren feucht und es gab keine Küche mit Kochstelle. Vielerorts wurden zuvor Gerüchte über die Neuankömmlinge gestreut. Über Familie Perschke aus Hötensleben hieß es, sie seien „stramme Kommunisten“ von der Grenze, die die alteingesessene Bevölkerung bespitzeln solle. Vielfach wurden die ungewollten Zugewiesenen als Kriminelle, Schieber, Grenzgänger oder Prostituierte diffamiert. Diese Gerüchte verstärkten das Leid

der Betroffenen, zumal die übergroße Mehrheit von ihnen aus rein politischen Gründen ausgewiesen wurden. In den Statistiken der SED und der Sicherheitsorgane dominieren die Vorwürfe – unterschiedlich von Region zu Region – „Grenzgänger“, „politischer Gegner“. Mörder oder andere Schwerstkriminelle findet man in den Statistiken nicht. In Dorndorf und Streufdorf (beide Ortschaften liegen in Thüringen) kam es zu Widerstandsaktionen der Betroffenen, die z. T. von anderen unterstützt wurden. Bewaffnete Einheiten der Volkspolizei und der sowjetischen Armee beendeten diese. Mehrere tausend Bewohner des Grenzgebietes – unter ihnen mehrere für die Zwangsaussiedlung Vorgesehene – flüchteten über die noch unzureichend gesicherte Demarkationslinie in die Bundesrepublik, andere wählten später den Weg nach West-Berlin.

### **Die Zwangsausgesiedelten im vereinten Deutschland**

Die Zwangsaussiedlungen von 1952 sowie von 1961 wurden durchaus auch in der Bundesrepublik registriert. Allerdings verstand man nicht genau, wen es traf und was damit bezweckt wurde. Dachten anfangs einige Journalisten noch, das Grenzgebiet würde entvölkert werden, überwog später die Vorstellung, dass die Aussiedlungen dem pioniertecnischen Ausbau der Grenzanlagen dienten. Zweifelsohne wurden bereits in den 1950er Jahren einzelne Gebäude unmittelbar auf oder am 10-m-Kontrollstreifen abgerissen und den Bewohnern alternativer Wohnraum im gleichen Ort oder in der Nachbarschaft angeboten. Nach der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 wurden nicht nur im Bezirk Potsdam Gebäude unmittelbar am Grenzstreifen zu West-Berlin abgerissen, sondern mit der Verbreiterung des 10-m-Kontrollstreifens und der Schaffung eines freien „Sicht- und Schussfeldes“ für die Grenztruppen rissen die Pioniere ganze Ortschaften ab. Im Gegensatz zu den Zwangsaussiedlungen 1952, 1961 und den folgenden Einzelaussiedlungen, die bis Mitte der 1980er Jahre anhielten, wurden den Betroffenen Ersatzwohnraum in der Heimat angeboten. Sie wurden im Gegensatz zu den anderen nicht aus Gründen der politischen Verfolgung umgesiedelt.

Die meisten aus dem Grenzgebiet Zwangsausgesiedelten verloren in der DDR ihr immobiles Eigentum im Grenzgebiet. Diejenigen, die in die Bundesrepublik flüchteten, wurden nicht entschädigt, während die meisten Zwangsausgesiedelten der „Aktion Festigung“ vom 3. Oktober 1961 ebenso gegen Entschädigung ihr Eigentum entzogen bekamen wie die meisten Landwirte der „Aktion Ungezieferei“ von 1952. Während die in die Bundesrepublik Geflüchteten nach dem Vermögensgesetz ab 1990 entschädigt



Teil der Kunstinstallation „Aktion Ungeziefer“ von Dagmar Calais am Grenzdenkmal in Hötensleben

wurden oder aber ihr Eigentum zurückerhielten – in dem aktuellen Zustand – mussten die in der DDR Verbliebenen mehrere Jahre kämpfen. Mit Hilfe des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes von 1994 versuchten sie ihr Eigentum zurückzuerhalten oder entsprechend entschädigt zu werden – ein mühevoller Weg, der bis heute die Mehrheit der Opfer nicht befriedigt. In allen Debatten seit der Wiederherstellung der deutschen Einheit sind vor allem die psychischen Verletzungen der damals Verfolgten vernachlässigt worden. Für viele war die Zwangsaussiedlung eine tiefe Traumatisierung, die nicht verarbeitet wurde. Insbesondere Familien mit jüngeren Kindern mussten in der DDR an den neuen Orten ums Überleben kämpfen und versuchten, den Kindern alle möglichen Ausbildungs- und Berufsaussichten offen zu halten. Das hatte zur Folge, dass darüber auch in der Familie nicht gesprochen wurde oder aber, dass die Kinder sehr früh mit einer Lüge leben mussten: Die Erfahrungen der Familie und die Diktion des Schulunterrichts oder des Studiums des Marxismus-Leninismus. Die sich daraus ableitenden Folgen sind bisher unzureichend aufgearbeitet.

Insbesondere in den letzten fünfzehn Jahren sind die Zwangsaussiedlungen Thema in den Grenz Museen, die inzwischen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze entstanden sind. Lokale Initiativen haben exemplarisch einzelne Fälle aufgearbeitet und

bieten sie im Rahmen von Projekttagen oder anderen Bildungsveranstaltungen vor Ort an. Schritt für Schritt ist dieser Abschnitt der SED-Verfolgungsgeschichte und der Menschenrechtsverletzungen in der DDR damit in das kulturelle Gedächtnis der bundesdeutschen Gesellschaft zumindest im ehemaligen Grenzgebiet eingezogen.

### **Anmerkung der Redaktion**

Am 26. Mai 2012 wurde am Grenzdenkmal Hötensleben die Kunstinstallation der Bremer Künstlerin Dagmar Calais „Aktion Ungeziefer“ im Gedenken an den 60. Jahrestag des Beginns des Ausbaus der innerdeutschen Grenze und die Zwangsaussiedlungen eröffnet. Die Freiluftinstallation ist bis Ende November 2012 zu besichtigen.

### **Anmerkungen**

- 1 Interview mit B. N., Magdeburg 1992, 1993 und 2002. Der Autor führte im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Sowjetisches Sicherheitstrauma 1944–1952. Speziallager und Zwangsaussiedlungen im Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik“ am Institut für Geschichte und Biografie der FernUniversität Hagen sowie zur Vorbereitung einer Wanderausstellung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn mehrere Interviews mit Frau B. N. durch.
- 2 Protokoll zwischen den Regierungen der USA, Großbritanniens und der UdSSR über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von „Groß-Berlin“, zit. nach: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961, Hauptband 1, zusammengestellt und herausgegeben von Heinrich von Sieglar, 2. ergänzte und erweiterte Auflage in drei Bänden, Bonn 1961, S. 7
- 3 Ausführlich hierzu mit Literaturüberblick: Volkmann, Hans-Erich: Die innenpolitische Dimension Adenauer-scher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase. In: Anfänge deutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Band 2; Die EVG-Phase. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1990, S. 322 ff.
- 4 Otto, Wilfriede: Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks., in: BzG 33 (1991) 3, S. 389 ff. Hier zitiert nach: Badstübner, Rolf; Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994, S. 395 f.
- 5 Bennewitz, Inge/Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 2012, 4. überarbeitete Auflage. Die folgenden Ausführungen beziehen sich, wenn nicht anders angegeben auf diese Publikation.
- 6 Befehl 38/52 des Chefs der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, Thüringisches Hauptstaatsarchiv (ThHStA) Weimar, LbcVP 23, Bl. 36 ff.

# Entspannung als „verschärfter Klassenkampf“.

## Die Expansion des MfS in den „langen“ siebziger Jahren <sup>1</sup>

Jens Gieseke

Wie bereits die ersten Veröffentlichungen im Zuge der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit 1990 offenbarten, wuchs die Staatssicherheit in den siebziger Jahren in ungekanntem Maße – in Zeiten internationaler Anerkennung und innenpolitischer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, also in einer Phase relativer Stabilität. Die Datenrekonstruktion zeigt, dass dieser Expansionsschub bereits 1968 einsetzte. In jenem Jahr überschritt die Steigerungsrate zum ersten Mal seit 1952 die Marke von 3 500 zusätzlichen Mitarbeitern und pendelte sich in den folgenden Jahren auf hohem Niveau ein. Vom Jahresende 1967 bis 1982 stieg der Personalbestand von 32 912 hauptamtlichen Mitarbeitern um 147 Prozent auf 81 495 Mitarbeiter – dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs um 3 239 Mitarbeiter. Nur einmal – im Jahre 1971 – unterschritt dieser die Marke von 2 500 Mitarbeitern. Der seit 1952 größte Zuwachs in seiner Geschichte wurde dem Ministerium für Staatssicherheit 1973 mit 3 921 zusätzlichen Kräften zuteil.

Die Weichenstellungen für den neuen Expansionismus erfolgten also keineswegs erst nach dem Wechsel an der Parteispitze von Ulbricht zu Honecker, wie die um neuen legitimatorischen Halt bemühte AfNS-Führung 1989 suggerieren wollte,<sup>2</sup> sondern bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Mielke hatte sich mit seiner universellen Sicherheitsdoktrin offenbar durchgesetzt und konnte zudem auf konsolidierte Rekrutierungsmechanismen unter den strengen Einstellungsmaßstäben des MfS aufbauen.

Personalbestand 1968 – 1982<sup>3</sup>

Jahr	Personalbestand absolut	Zuwachs zum Vorjahr absolut	Zuwachs zum Vorjahr in Prozent
1968	36555	3 643	10,8
1969	40328	3 773	10,3
1970	43311	2983	7,4
1971	45580	2269	5,2
1972	48786	3206	7,0
1973	52707	3921	8,0
1974	55766	3059	5,8
1975	59514	3748	6,7
1976	62868	3354	5,6
1977	66510	3642	5,8
1978	69593	3083	4,6
1979	72227	2634	3,8
1980	75138	2911	4,0
1981	78529	3391	4,5
1982	81495	2966	3,8

Zum eigentlichen Motor der praktischen Umsetzung dieser Sicherheitsdoktrin entwickelte sich in den siebziger Jahren die Dynamik der innerdeutschen Beziehungen im Zuge der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik.<sup>4</sup> Das MfS nahm eine zentrale Stellung in allen Bemühungen der SED-Führung ein, die innenpolitischen Konsequenzen der Westöffnung und die damit verbundenen Zugeständnisse zu minimieren. Die Staatssicherheit sollte dem Wandel vorbeugen, den die Annäherung zu bewirken drohte.

Diese Sicherheitsdoktrin hatte die Staatssicherheit bereits Mitte der sechziger Jahre im Mikrokosmos Berlin erprobt, als sie zu Weihnachten 1963 im Zuge des ersten Passierscheinabkommens den Ansturm der über 1,2 Millionen Besuche von Westberlinern in den Ostteil der Stadt zu überwachen versuchte, um „feindliche“ Aktivitäten zu verhindern.<sup>5</sup> Die nur wenige Tage dauernde einseitige Grenzöffnung war noch durch den „kampagnemäßigen“ Dauereinsatz von Tausenden MfS-Mitarbeitern aller Dienststein-

heiten zu bewältigen. Es zeichnete sich jedoch ab, welche zusätzlichen Aufgaben im Falle einer dauerhaften Lockerung der Einreisebedingungen auf die Staatssicherheit zukommen würden. Die Ambivalenz der Entspannungspolitik für das MfS deutete sich bereits an: Einerseits verbuchte die DDR die Vereinbarungen als Erfolge ihrer Anerkennungspolitik, andererseits hatte sie sich mit den Folgen auseinanderzusetzen. Die interne MfS-Historiographie beschrieb das Dilemma in ihrer Bewertung des Passierscheinabkommens:

„Der große politische Erfolg des ersten Passierscheinabkommens von 1963/64 und die ernsthaften Anstrengungen der Partei, trotz anhaltenden Störfeuers reaktionärer Kräfte der CDU/CSU auf dieser Grundlage zu weiteren, nach Möglichkeit umfassenderen Vereinbarungen mit dem Westberliner Senat zu gelangen, erhöhten die Anforderungen an die Tätigkeit des MfS. Das betraf nicht nur die Sicherung der Abwicklung eines solchen Abkommens, sondern vor allem umfangreiche politisch-operative Maßnahmen, um die vielfältigen Möglichkeiten einer Ausnutzung solcher Abkommen für die Feindtätigkeit unter operative Kontrolle zu bringen. [...] Allein der Kampf der Angehörigen des MfS gegen die feindliche Kontaktpolitik erforderte, auch unter Berücksichtigung der in den Passierscheinabkommen liegenden Besonderheiten und Möglichkeiten, ein Höchstmaß an Prinzipienfestigkeit und politischer Elastizität. Kontakte, die der Förderung der Verständigungsvorschläge, der Isolierung der ‚Ultras‘ und letzten Endes der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz dienten, durften nicht durch die Arbeit des MfS gestört werden.“<sup>6</sup>

Die Reaktion der Staatssicherheit auf den ersten Berliner Einsatz nahm die spätere Logik der Expansion bereits vorweg: Um den künftigen Herausforderungen solcher „Kontaktpolitik“ gerecht zu werden, bildete sie eine neue Diensteinheit, die Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs, die wiederum zusätzliches Personal erforderte.<sup>7</sup> Für die Neuaufgaben der Passierscheinregelungen bis 1966 war sie damit Schritt für Schritt besser gerüstet.<sup>8</sup>

Sollte es jemals unklar gewesen sein, was die deutsch-deutschen Kontakte für die Staatssicherheit bedeuteten, so machte es der Besuch Willy Brandts in Erfurt im März 1970 überdeutlich. Das MfS, dessen Auftrag die „Absicherung“ des Besuchsprogramms gegen unkontrollierte Bevölkerungsreaktionen war, erlebte hier ein lehrreiches Fiasko, als sich mehrere tausend Bürger in Erfurt versammelten und dem Bundeskanzler jubelten. Die Sicherheitskräfte vor Ort hatten zeitweilig die Kontrolle völlig

verloren. Ob die Staatssicherheit von den Ovationen tatsächlich überrascht wurde oder dieses Debakel absichtsvoll in Kauf nahm, um die Risiken der Entspannung zu demonstrieren, muss hier offen bleiben.<sup>9</sup> Die MfS-Historiker kommentierten das Erfurter Treffen mit dem Hinweis, es habe „unter Bürgern der DDR zum Teil starke Illusionen über die Politik der SPD“ gegeben, die von „feindlichen Zentren“ hätten genutzt werden können, um „offene Sympathiebekundungen“ zu provozieren.<sup>10</sup> Das Politbüro beschloss, ähnlich riskante Ereignisse künftig nach den Regeln der „inneren Mobilmachung“ vorzubereiten und abzusichern. Was dies bedeutete, stellte im Dezember 1981 wiederum die Visite eines Bundeskanzlers unter Beweis. Helmut Schmidt war ein Besuch in der Großstadt Rostock aus Furcht vor einer Eskalation nach polnischem Vorbild verwehrt worden, seine Reise nach Hubertusstock und Güstrow sicherten nun fast 17 000 MfS-Mitarbeiter und ebenso viele Volkspolizisten ab.<sup>11</sup>

Nicht jede Reise eines Westdeutschen in die DDR drohte solche Reaktionen hervorzurufen, doch in diesen Begegnungen zeigte sich, was auf die DDR zukommen sollte. Jeder der in den folgenden Jahren unterzeichneten Verträge bedeutete für das MfS einen enormen Zuwachs an Aufgaben: das Transitabkommen 1971, der Verkehrsvertrag 1972 und vor allem der Grundlagenvertrag 1972/73. Zusätzliche Belastungen resultierten für das MfS daraus, dass die DDR-Seite manche der in den langwierigen Verhandlungen vereinbarten Regelungen vorab als „Geste des guten Willens“ in Kraft setzte. Dadurch kam es, etwa durch eine großzügige Kontrollpraxis im Transitverkehr, zu einer „außerordentlichen Bewährungsprobe“<sup>12</sup>, denn um die Lockerungen zu kompensieren, war ein entsprechend höherer verdeckter Aufwand notwendig. So musste beispielsweise die „weitgehend lückenlose Kontrolle, Überwachung und Beobachtung aller Transitstrecken“<sup>13</sup> gesichert werden – ohne Zweifel eine äußerst personalintensive Aufgabe. Erschwert wurde die Pflichterfüllung der Staatssicherheit noch durch die Schranken, die sich aus der fragilen Verhandlungssituation ergaben. Denn „Zwischenfälle“, die den Verhandlungserfolg gefährden könnten, sollten möglichst vermieden werden. Dies erforderte „kluges Vorgehen und überlegtes Handeln“ sowie die „Abfertigung und Abwicklung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs in hoher Qualität“, jedoch „mit höchster Wachsamkeit“.<sup>14</sup> Auch aus dem Verkehrsvertrag, dem „ersten Staatsvertrag der DDR mit der BRD“, wie Mielke stolz verkündete, ergaben sich neue Aufgaben, denn er ging davon aus, dass der Westen den „Missbrauch der neuen Lagebedingungen zur Intensivierung seiner konterrevolutionären, subversiven Tätigkeit“ anstreben würde.<sup>15</sup>



Im November 1972, als der Grundlagenvertrag kurz vor der Unterzeichnung stand, schritt Mielke in einer Dienstkonferenz vor den Leitungskadern des Ministeriums dazu, die neuen Bedingungen umfassend zu bewerten. Zunächst war er bemüht, noch einmal Konzessionen als Preis der internationalen Anerkennung zu rechtfertigen, ohne dass damit grundsätzliche ideologische Positionen in Frage gestellt seien. „Diese Verhandlungen waren harter Klassenkampf“, erinnerte er, und die Ergebnisse dürften über die divergierenden Interessen nicht hinwegtäuschen: „Ich wollte damit sichtbar machen, dass der Kampf weitergeht und wir als MfS voll darauf eingestellt sein müssen.“<sup>16</sup> Mielke forderte verstärkte ideologische Arbeit, um die Verhandlungsergebnisse verständlich zu machen – nicht zuletzt den MfS-Mitarbeitern selbst, auf die eine Flut zusätzlicher Belastungen zukam und denen vielleicht der Nutzen der Westöffnung nicht ohne weiteres einleuchtete, drohte sie doch den mit viel Aufwand erreichten überwachungsstaatlichen Standard zu konterkarieren.<sup>17</sup> Genau dies zu verhindern, sei nicht nur Aufgabe einzelner Zweige des Apparates, sondern des gesamten Ministeriums. Jede einzelne Diensteinheit des MfS müsse nun überlegen, „welche Konsequenzen sich für ihren Verantwortungsbereich ergeben“. Im Prinzip, dies erhob die Staatssicherheit zur Devise, war jeder neue oder wieder aufgenommene Kontakt über die deutsch-deutsche Grenze hinweg verdächtig und musste deshalb überwacht werden.

Die Schlüsselaufgaben dieses Programms universeller Entspannungsabwehr ergaben sich aus den neuen Reismöglichkeiten, allen voran den Reisen in dringenden Familienangelegenheiten für DDR-Bürger in den Westen. Hierzu entwickelte das MfS ein umfangreiches Genehmigungsverfahren im Zusammenspiel von betrieblichen Vorgesetzten der Antragsteller, Volkspolizei und Staatssicherheit. Die Zahl solcher Anträge war eher klein, doch die Möglichkeit, zum Beispiel bei lebensgefährlichen Erkrankungen oder Todesfällen auch kurzfristig reisen zu können, versetzte Mielke in Unruhe. Er ordnete deshalb an, dass seine Leute etwaige Reisepläne bereits im „Vorfeld des volkspolizeilichen Antrags- und Genehmigungsverfahrens“ in Erfahrung bringen sollten.<sup>18</sup> Allein diese Absicht erforderte im Prinzip eine flächendeckende Kontrolle zumindest aller derjenigen DDR-Bürger, die verwandtschaftliche Kontakte über die innerdeutsche Grenze hinweg unterhielten und somit potentielle Antragsteller waren.

Auch durch die Einreise von Westdeutschen in die DDR sah sich das MfS herausgefordert, denn sie bringe dem BRD-Imperialismus „neue Möglichkeiten für die Aufrechter-

haltung und den Ausbau seiner nachrichtendienstlichen Verbindungen“. Die zu erwartende Größenordnung der Reisen schloss hier allerdings eine Komplettüberwachung aus. Mielke bemühte das so genannte Schwerpunktprinzip, mit dem das MfS wichtige Arbeitsfelder definierte. Es müsse gesichert werden, dass zumindest alle „politisch-operativ bedeutsamen Personen aus der BRD“ sowie alle „Konzentrationspunkte“ (bevorzugte Reiseziele) unter „operativer Kontrolle“ gehalten werden, zugleich seien Kontakte zu „politisch interessanten DDR-Bürgern“ zu überwachen.<sup>19</sup> Dieser Anspruch führte die Absicht, Schwerpunkte zu setzen, tendenziell ad absurdum:

„Wir sind uns darüber im klaren, dass die Organisierung der operativen Kontrolle über diese Personenkreise auf Grund ihrer Vielfalt und des großen Umfangs die operativen Dienstseinheiten vor komplizierte Probleme stellt. [...] Wir stehen insgesamt auch vor der schwierigen Aufgabe der ständigen Verfolgung der aus den vielfältigen und umfangreicher gewordenen Kontaktmöglichkeiten resultierenden negativen politisch-ideologischen Auswirkungen auf einen bestimmten Teil unserer Bürger.“<sup>20</sup>

Das ganze Ausmaß dieser neuen Arbeitsfelder, auf denen die Staatssicherheit sich in der Pflicht sah, zeichnete sich erst im Laufe der folgenden Jahre ab. Allein aus dem zuvor weitgehend abgeschotteten<sup>21</sup> Westberlin gab es 1972 bis 1983 knapp 30 Millionen Besuche in der DDR,<sup>22</sup> die Zahl der Reisen von Westdeutschen verdoppelte sich auf durchschnittlich 2,5 Millionen pro Jahr im gleichen Zeitraum. In der Gegenrichtung sorgten die weiterhin rigiden Bestimmungen und nicht zuletzt die beschriebene Präventivstrategie der Staatssicherheit dafür, dass die Zahlen gering blieben. Abgesehen von Rentnern, die schon seit 1964 relativ ungehindert Verwandte besuchen konnten (ca. 1 bis 1,5 Millionen Besuche pro Jahr), reisten 1973 bis 1982 jährlich ca. 40 000 DDR-Bürger privat in den Westen.<sup>23</sup>

Im Herbst 1973 bilanzierte Erich Honecker die Entwicklung seit Abschluss der Verträge. Er nannte Reisezahlen (die bei ihm erheblich höher ausfielen, insbesondere was die Westreisen von DDR-Bürgern betraf) und kam schließlich zur Darlegung seiner Handlungsmaximen, die die Rolle der Staatssicherheit verklausuliert, aber eigentlich recht deutlich darlegten:

„Wir behalten stets zwei Dinge vor Augen: unseren Beitrag für die Entspannung in Europa zu leisten und zugleich jeden Versuch zu durchkreuzen, die Sicherheit und stabile Entwicklung unserer Deutschen Demokratischen Republik – unter welchen Vorzeichen auch immer – anzutasten.“<sup>24</sup>

Als folgenreichen Höhepunkt des Entspannungsprozesses unterzeichneten schließlich die Teilnehmer der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im August 1975 eine Schlussakte und schlossen daran eine Reihe von Folgekonferenzen in Belgrad, Madrid und Wien sowie eine Vielzahl anderer Zusammenkünfte und Übereinkommen, den so genannten KSZE-Prozess, an. Die feierliche Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki bedeutete für die DDR-Führung den lange ersehnten Triumph ihrer Anerkennungspolitik. Wohl bei kaum einem Ereignis sah Erich Honecker sein Souveränitätsstreben stärker befriedigt als in dem Moment, als er seine Unterschrift unter das Schlusdokument setzte – als gleichberechtigter Staatsmann platziert zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem US-amerikanischen Präsidenten Gerald Ford.<sup>25</sup>

Die DDR zahlte für diesen Erfolg mit Formulierungen in der Schlussakte, die sie bis an das Ende ihrer Tage beschäftigen sollten. Zum einen war in den Prinzipien, denen sich alle Signatarstaaten verpflichteten, auch die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ festgeschrieben worden:

„Sie werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, fördern und ermutigen.“<sup>26</sup>

Diese Selbstverpflichtung war denkbar vage formuliert, doch jeder DDR-Bürger konnte sie im „Neuen Deutschland“ lesen und sich darauf berufen.<sup>27</sup> Gerade weil Reputationsdenken und Menschenrechtsfrage im KSZE-Prozess so eng verknüpft waren, wurde er zu einem äußerst sensiblen Feld für die SED-Führung. Zum eigentlichen Sprengsatz entwickelte sich die Frage des Ausreiserechtes. Die in den KSZE-Prinzipien anerkannten Menschenrechte umfassten auch das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 niedergelegte „Recht auf Freizügigkeit“, allerdings war dies nicht grundlegend neu, da die DDR diese Konventionen bereits zuvor formell anerkannt hatte.<sup>28</sup> Die Einzelregelungen des Korb III der KSZE-Schlussakte enthielten im Abschnitt „Menschliche Kontakte“ lediglich Regelungen zu Problemen der Familienzusammenführung und ein Reiserecht (das die DDR allerdings vor erhebliche Schwierigkeiten stellte).<sup>29</sup> Trotzdem beriefen sich viele DDR-Bürger, die ihr Land endgültig Richtung Westen verlassen wollten, auf die KSZE-Schlussakte. Ein Jahr nach der Helsinki-Konferenz

wies Mielke – offenbar aufgrund einer Entscheidung der SED-Spitze – die Dienstseinheiten an, Ausreiseanträge, die sich „auf die Schlussakte von Helsinki oder andere Begründungen berufen“ oder „die DDR der Nichteinhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen oder innerstaatlicher Rechtsvorschriften bezichtigen“, prinzipiell abzulehnen.<sup>30</sup> Schon die Jahresbilanz für 1976 gab Anlass zur Sorge: Die Zahl der Ausreiseanträge war gegenüber dem Vorjahr um 54 Prozent gestiegen, außerdem registrierte das MfS „ein starkes Ansteigen feindlich-negativer Handlungen von Übersiedlungswilligen“, und erstmals auch „Tendenzen des Zusammenschlusses“ – die Ausreisebewegung begann sich zu formieren.<sup>31</sup> Zwar hatten noch keine zehntausend DDR-Bürger Anträge gestellt, doch das MfS hatte damit ein Problem mehr.

Bereits vor Abschluss der Helsinki-Konferenz hatte Mielke die Einrichtung einer neuen Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) sowie entsprechender Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) in die Wege geleitet, die die MfS-Aktivitäten zur Bekämpfung von Westfluchten – wie Mielke betonte, eine Aufgabe aller Dienstseinheiten des MfS – koordinieren sollten.<sup>32</sup> Mit der Zunahme der Ausreiseanträge weitete die ZKG ihre Koordinierungsaufgaben auf dieses Feld aus. Nachdem schon Zentralkomitee und Ministerrat Beschlüsse zur „Gewährleistung des einheitlichen, abgestimmten Vorgehens“ aller staatlichen Stellen „zur Unterbindung rechtswidriger Versuche von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen“, gefasst hatten, definierte Mielke im März 1977 die MfS-Aufgaben in diesem Zusammenhang. Wie schon im Falle der Reisewünsche von DDR-Bürgern entwarf er auch diesmal ein umfassendes Programm zusätzlicher oder erweiterter operativer Anforderungen.<sup>33</sup>

An erster Stelle stand der Kampf gegen die angeblichen „westlichen Inspiratoren“ der Übersiedlungsanträge, vor allem Organisationen wie die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“, die mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit versuchten, ausreisewillige DDR-Bürger zu unterstützen. Zum zweiten sollten sämtliche Antragsteller umfassend überprüft und „aufgeklärt“ werden. Schließlich sollte drittens das MfS, wie schon bei den Reisewünschen, alle Personen ermitteln, die möglicherweise beabsichtigten, einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik zu stellen, um diese bereits im Vorfeld „bearbeiten“ zu können. Dazu war ein flächendeckendes Netz inoffizieller Mitarbeiter unabdingbar. Für alle potentiellen und tatsächlichen Antragsteller verordnete Mielke eine „allseitige Aufklärung der Persönlichkeit“: Ursachen, Motive und begünstigende Umstände der Anträge, Verbindungen und Kontakte zu „Inspiratoren“ und

bereits übergesiedelten DDR-Bürgern sowie eventuelle Aktivitäten in „feindlich-negativen Gruppen“ sollten die MfS-Offiziere ermitteln.<sup>34</sup>

Der Minister betonte, dass dies eine Aufgabe aller Zweige und Ebenen des Apparats sei: „Die Realisierung dieser Aufgabenstellung hat in enger Zusammenarbeit der territorial und objektmäßig zuständigen Diensteinheiten [...] zu erfolgen.“ Außerdem sei eine intensive Zusammenarbeit mit der Volkspolizei und den Innenbehörden der Bezirke und Kreise erforderlich. Auch die Fachzweige für die bewaffneten Organe, Reiseverkehr, Wirtschaft, Infrastruktur, Staatsapparat, Justiz, Gesundheits- und Bildungswesen sowie für die Kirchen waren in das Überwachungsprogramm integriert: „Die Hauptabteilungen I [Militärabwehr], II [Spionageabwehr], VI [Passkontrollen, Reiseverkehr], VII [Ministerium des Innern/Volkspolizei], XVIII [Volkswirtschaft], XIX [Verkehr, Infrastruktur], XX [Staatsapparat, Kirchen, Kultur, Opposition] haben in ihrem Verantwortungsbereich zu gewährleisten und auf ihrer Linie darauf Einfluss zu nehmen, dass diese Aufgaben konsequent realisiert werden.“<sup>35</sup> Alle wichtigen operativen Zweige des Apparats sollten also für die Bekämpfung der Ausreiseanträge eingespannt werden.

Mit diesem ehrgeizigen Programm gegen Westkontakte im Allgemeinen und die Ausreisebewegung im Besonderen erreichte die gesellschaftliche Präsenz der Staatssicherheit eine neue Qualität. Seit seiner Gründung hatte das MfS seinen tendenziell unbegrenzten Kontrollanspruch formuliert und in eine für die Überwachung der gesamten Gesellschaft konstruierte Apparatstruktur umgesetzt. Doch eine Arbeitsweise, die über die Bekämpfung direkter „Feindaktivitäten“, das anlassbezogene Eingreifen sowie die Überwachung sicherheitsrelevanter Sektoren hinaus darauf zielte, rundweg alle „negativ“ eingestuften Absichten dieser Art *vorbeugend* zu erkennen, operationalisierte Mielke in diesen Anweisungen zum Kampf gegen Westkontakte und Ausreisen zum ersten Mal. Spätestens seit 1952 hatte die Staatssicherheit ihrer Struktur nach „flächendeckend“ gearbeitet, das heißt die gesamte DDR-Gesellschaft territorial durch die Kreisdienststellen sowie sektoral durch die Zweige für Wirtschaft, Staatsapparat usw. lückenlos in Sicherheitsbereichen erfasst, ohne dass bereits konkrete Schritte zur „totalen“ Kontrolle realisiert werden konnten. Die nun erlassenen Anweisungen zielten jedoch darauf, unerwünschte Effekte der westlichen „Kontaktpolitik“ potentiell bei jedem DDR-Bürger bereits präventiv in Erfahrung zu bringen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Leiter der Diensteinheiten, so Mielke, müssten dafür sorgen, dass zu diesem Zweck nicht nur alle Informationen aus laufenden Vorgängen, Personenkontrollen, Sicherheitsüberprüfungen usw.,

sondern auch alle weiteren „Ergebnisse der Klärung der Frage ‚Wer ist wer?‘, der operativen Durchdringung ihrer Verantwortungsbereiche sowie insgesamt ihrer analytischen Arbeit genutzt werden“.<sup>36</sup> Es steht auf einem anderen Blatt, inwieweit die Staatssicherheit dieses umfassende Überwachungsprogramm realisieren konnte, doch war es hier erstmals formuliert. Vermittelt durch den Kampf gegen Ausreisewillige und unliebsame deutsch-deutsche Kontakte, die sich zu den künftigen Kardinalproblemen entwickeln sollten, rückte die um den Begriff der „politisch-ideologischen Diversion“ konstruierte Sicherheitsdoktrin ins Zentrum der MfS-Arbeitsweise und trieb den Ausbau an.

So sehr die Staatssicherheit ihre Überwachungspräsenz ausweitete – direkte Repression, wie sie zum hergebrachten Instrumentarium zählte, ließ sich unter den Bedingungen der Westöffnung nicht in gleichem Maße aufrechterhalten oder gar ausdehnen, ohne der Imagepolitik der DDR-Führung Schaden zuzufügen. Anstelle von Maßnahmen, die ein hohes Risiko negativer öffentlicher Aufmerksamkeit beinhalteten, traten nun immer öfter verdeckte Operationen gegen „feindlich-negative“ Personen und Gruppen, unterhalb der Ebene offener Verfolgung mit Verhaftung, Verhör und Verurteilung.<sup>37</sup> Zeugnis dieses Methodenwandels ist die Richtlinie 1/76 „zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“. Dort werden als eine Variante der Feindbekämpfung „Zersetzungmaßnahmen“ definiert und erläutert:

„Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich einschränkt oder gänzlich unterbunden werden.“<sup>38</sup>

Entscheidend war dabei, dass die Staatssicherheit als eigentlicher Drahtzieher nicht erkennbar wurde. Die Richtlinie betonte den eigenständigen Stellenwert, der der Zersetzung als MfS-Methode zukam. Neben strafrechtlichem Ermittlungsverfahren und Verhaftung – der herkömmlichen Variante, mit der eine MfS-Operation gegen Oppositionelle abgeschlossen wurde – rückte sie nun als „relativ selbständige Art des Abschlusses Operativer Vorgänge“ in den Vordergrund. Sie sollte insbesondere dann eingesetzt werden, „wenn [...] der jeweilige Operative Vorgang aus politischen und politisch-operativen Gründen im Interesse der Realisierung eines höheren gesellschaftlichen Nutzens nicht mit strafrechtlichen Maßnahmen abgeschlossen werden soll“.<sup>39</sup> Als bewährte Methoden nannte die Richtlinie:

- „– systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;
- systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung der Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;
- Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;
- Erzeugen bzw. Ausnutzen und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;
- Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung ihrer feindlich-negativen Handlungen;
- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z. B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze usw.“<sup>40</sup>

Solche Methoden der psychologischen Kriegführung gegen den inneren Feind bedingten im Einzelfall erheblich mehr Aufwand als eine bloße Festnahme mit anschließendem Verhör und Haft.<sup>41</sup> Der reale Stellenwert dieses Effekts als Antrieb des Personalausbaus lässt sich allerdings nicht präzise abschätzen, da quantifizierende Untersuchungen zur „Zersetzung“ als MfS-Methode bislang nicht vorliegen. Gegen eine zentrale Rolle als Wachstumsmotor spricht der relativ geringe Umfang der eigentlichen „Feindbekämpfung“ gegenüber der präventiven Überwachung sowie die weiterhin genutzte Option, gegen Oppositionelle, die nicht die Prominenz der führenden Köpfe besaßen, mit den hergebrachten Methoden zu agieren.<sup>42</sup> Den hohen Aufwand, mit dem die Staatssicherheit in den achtziger Jahren verdeckt gegen bekannte Dissidenten wie Jürgen Fuchs oder Wolfgang Templin vorging, wird man jedenfalls in der Masse der „Operativen Vorgänge“ nicht wiederfinden. Mithin gilt: die aufwendige „Zersetzung“ durch Psychoterror war ein Kernelement des poststalinistischen Methodenkanons der Staatssicherheit und wäre

ohne die üppige Personalausstattung der Staatssicherheit kaum möglich gewesen, doch bedingt hat sie die Expansion nicht.

## Anmerkungen

- 1 Dieser Aufsatz ist ein leicht überarbeiteter Auszug aus Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989, Berlin 2000, S. 293 f. und 304–314. Wir danken dem Autor und dem Ch. Links Verlag für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.
- 2 Die „Reform“pläne der Führung des Amtes für Nationale Sicherheit sahen 1989 eine personelle Reduktion vor, die sich am zu Beginn der siebziger Jahre erreichten Mitarbeiterstand orientierte. Vgl. Süß, Walter: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, hg. von dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1994, S. 43.
- 3 Jeweils Stand vom 31. 12. des Jahres; vgl. den statistischen Anhang in Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989, Berlin 2000, S. 551–558.
- 4 Zur Genese der „Neuen Ostpolitik“ vgl. Vogtmeier, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996; Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 3., überarbeitete u. erweiterte Neuauflage, München 1995, S. 20–205.
- 5 Vgl. Artikel Passierscheinregelungen im Berlin-Handbuch. Das Lexikon der Bundeshauptstadt, hg. vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Berlin 1992, S. 923 f.
- 6 Hochschule des MfS: Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (künftig: Studienmaterial zur Geschichte des MfS), Teil V, BStU, SA 553, S. 76.
- 7 Zum Passierscheinabkommen vgl. Vogtmeier 1996, S. 66–73; Görtemaker, Manfred: Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts, in: Bauerkämper, Arnd/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 44–57; Staadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 82–88.
- 8 Sieben Mal, vornehmlich zu Feiertagen wie Weihnachten, Ostern und Pfingsten, kam es noch zu solchen Passierscheinvereinbarungen.
- 9 Die Rezeption der Erfurter Ereignisse durch Politbüro und ZK wird mit unterschiedlichen Ergebnissen diskutiert bei Staadt 1993, S. 291–296; Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962–1972, Berlin 1997, S. 357–359;



- Nakath, Detlef: Erfurt und Kassel. Zu den Gesprächen zwischen dem BRD-Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph im Frühjahr 1970. Vorbereitung – Verlauf – Ergebnisse, Berlin 1995, S. 29–36. Dort ist auch der offizielle Untersuchungsbericht des ZK dokumentiert, S. 51–54. Vgl. auch Sarotte, Mary Elise: Spying Not Only On Strangers: Documenting Stasi Involvement in Cold War German-German Negotiations, in: *Intelligence and National Security* 4/1996, S. 764–778, hier 765.
- 10 Studienmaterial zur Geschichte des MfS, Teil VI, S. 152. Der Text versucht den Eindruck zu erwecken, dies sei lediglich eine potentielle Gefahr gewesen. Dass es in Erfurt tatsächlich zu „offenen Sympathiebekundungen“ gekommen war, verschwiegen die MfS-Historiographen.
  - 11 Helmut Schmidt erhielt vorab die Sicherungskonzeption durch DDR-Unterhändler Wolfgang Vogel. Vgl. Potthoff, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 68–70; vgl. auch die Erinnerungen des damaligen MfS-Einsatzleiters, dem stellvertretenden Leiter der Bezirksverwaltung Schwerin, Schwarz Josef: Bis zum bitteren Ende. 35 Jahre im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit. Eine DDR-Biographie, Schkeuditz 1994, S. 113–122.
  - 12 Referat Erich Mielkes auf der Dienstkonferenz am 10. 3. 1972, Bl. 1; BStU, ZA, DSt 102209.
  - 13 Befehl 5/72 des Ministers, 9. 3. 1972, S. 7; BStU, ZA, DSt 100724.
  - 14 Befehl 20/72 des Ministers, 2. 6. 1972, S. 4; BStU, ZA, DSt 100725.
  - 15 Befehl 43/72 des Ministers, 17. 10. 1972; BStU, ZA, 100711, S. 1; Studienmaterial zur Geschichte des MfS, Teil VII, S. 67.
  - 16 Rede Erich Mielkes auf der Zentralen Dienstkonferenz am 16. 11. 1972, S. 37; BStU, ZA, DSt 102219.
  - 17 Ebenda, S. 41.
  - 18 Ebenda, S. 55.
  - 19 Ebenda, S. 80 f.
  - 20 Ebenda, S. 82 f.
  - 21 Die Passierscheinregelungen liefen 1966 nach dem Scheitern weiterer Verhandlungen aus, danach waren nur noch in eng umgrenzten Härtefällen Reisen von Westberlinern möglich.
  - 22 Errechnet nach: Alish, Steffen: „... ist es u. E. nicht zweckmäßig, mit diesen Zahlen gegenüber dem Senat zu arbeiten.“ West-Berliner Besucher und „parteiliche“ Statistik, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes* 7/1999, S. 41–49, hier 48.
  - 23 Nicht berücksichtigt sind hier Dienstreisen. Alle Angaben nach DDR-Handbuch, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Wiss. Ltg. Hartmut Zimmermann, Bd. 1, 3., überarbeitete u. erweiterte Auflage, Köln 1985, S. 174 f. und 634 f.
  - 24 „Unsere Kampfkraft stärken und vorwärtsschreiten zum Wohl des ganzen Volkes“. Interview mit Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED, zum Beginn der Parteiwahlen 1973/74, in: *Neues Deutschland*,

1. 11. 1973, S. 3–5, hier 4. Er sprach von 3,25 Millionen westreisenden DDR-Bürgern von Januar 1972 bis September 1973. Die Zahlen sind mit westlichen Daten nicht in Einklang zu bringen, auch wenn man berücksichtigt, dass die Reisen und nicht die Reisenden gezählt sind.
- 25 Vgl. Loth, Wilfried: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, vor allem S. 9–19; Görtemaker, Manfred: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943–1979, München 1979, S. 158–179.
- 26 Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Schlussakte von Helsinki, 1. 8. 1975, Erklärung der Prinzipien, Punkt VII, in: Schweisfurth, Theodor / Oellers-Frahm, Karin (Hrsg.): Dokumente der KSZE. Textausgabe, München 1993, S. 10.
- 27 Neues Deutschland, 2./3. 8. 1975, S. 5–10.
- 28 Vgl. Brunner, Georg: Freizügigkeit, in: Ders. (Hrsg.): Menschenrechte in der DDR, Baden-Baden 1989, S. 129–152, hier 137–144.
- 29 Es heißt dort: „Die Teilnehmerstaaten beabsichtigen, Möglichkeiten für umfassenderes Reisen ihrer Bürger aus persönlichen oder beruflichen Gründen zu entwickeln“. Vgl. Schweisfurth/Oellers-Frahm: Dokumente der KSZE, S. 46–50.
- 30 Schreiben Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten, 27. 10. 1976, S. 1; BStU, ZA, DSt 101499.
- 31 Jahresanalyse der ZKG für das Jahr 1976, 24. 1. 1977; BStU, ZA, ZKG 2164, Bl. 25–27 und 29.
- 32 Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, hg. von dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1995 (MfS-Handbuch III/17), S. 19. Die Regelungen fanden schließlich Eingang in den Befehl 1/75 vom 15. 12. 1975, in: Lochen, Hans-Hermann; Meyer-Seitz, Gerhard (Hrsg.): Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992, S. 73–85.
- 33 Befehl 6/77 des Ministers, 18. 3. 1977, in: ebenda, S. 21–71.
- 34 Ebenda, S. 26.
- 35 Ebenda.
- 36 Ebenda, S. 26 f.
- 37 Vgl. den Diskussionsbeitrag von Engelmann, Roger, in: Henke, Klaus-Dietmar/Engelmann, Roger (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 191.
- 38 Richtlinie 1/76 des Ministers „zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“, vom 1.1.1976, dokumentiert in Gill, David/Schröter, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 346–402, hier 389.
- 39 Ebenda, S. 390.

- 40 Ebenda, S. 391.
- 41 Einen grundlegenden Überblick vermittelt Süß, Sonja: Repressive Strukturen in der SBZ/DDR – Analyse von Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber Bürgern der DDR, in: Materialien der Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Bd. II/1, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, S. 193 –250. Vgl. die Fallschilderungen in Fuchs, Jürgen: Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, hg. von dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1994; Stasi-Akte „Verräter“. Bürgerrechtler Wolfgang Templin: Dokumente einer Verfolgung, in: Spiegel-Spezial 1/1993, Hamburg 1993.
- 42 Neubert, Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren, in: Engelmann, Roger/ Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, Berlin 1999, S. 375–409. Knabe geht hingegen hypothetisch davon aus, dass das MfS in den siebziger und achtziger Jahren gegen Personen, die in Operativen Vorgängen (OV) und Operativen Personenkontrollen (OPK) bearbeitet wurden, in den meisten Fällen Zersetzungsmaßnahmen anwendete. Empirische Daten dazu fehlen bislang. Vgl. Knabe, Hubertus: „Weiche“ Formen der Verfolgung in der DDR. Zum Wandel repressiver Strategien in der Ära Honecker, in: Deutschland Archiv 5/1997, S. 709 –719, hier 714.



Blick in den Bunker des früheren KZ Lichtenburg

---

## **Zur Eröffnung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin am 1. Dezember 2011 in der ehemaligen Schlosskirche St. Anna<sup>1</sup>**

Kai Langer

*„Es ist böse Zeit mehr denn 1200 Menschen sind hier die man zu Grunde richtet“.* Diese düster klingende Botschaft – noch verfasst in alter Sütterlinschrift – kann man noch heute in einer Zelle des Bunkers lesen. Sie wurde von einem Häftling in die Wand geritzt – genau über der Tür – an einer Stelle also, wo sie von den Wachposten mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gesehen werden konnte. Wer uns diese Zeilen hinterließ, ist heute nicht mehr feststellbar. Unzweifelhaft ist jedoch der Bezug auf die Lichtenburg als nationalsozialistisches Konzentrationslager. Zu keiner anderen Zeit waren hier so viele Menschen inhaftiert wie in den Jahren 1933 bis 1939.

Ursprünglich als adliger Witwensitz errichtet, hatte das alte Schloss über 117 Jahre hinweg bereits als Strafanstalt gedient, unter königlich-sächsischer bzw. königlich-preußischer Verwaltung ebenso wie in der Zeit der Weimarer Republik. Die Nutzung veränderte auch die Baustruktur des alten Renaissance-Schlusses, vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch den Einbau von Strafzellen in den Bunker und die Errichtung eines separaten Zellengebäudes.

Nach der Schließung der Strafanstalt 1928 wurde der Schlosskomplex nur in wenigen Bereichen von regionalen Kleinunternehmen genutzt. Infolgedessen befand sich die Bausubstanz in keinem guten Zustand, als sich der Landrat in Torgau fünf Jahre später, am 6. April 1933, mit einer Anfrage des Regierungspräsidenten des preußischen Regierungsbezirkes Merseburg konfrontiert sah, wie viele Gefangene in der Lichtenburg untergebracht werden könnten. Räumlich gesehen gab es zwar Platz für 400 bis 500 Gefangene, aber mit Blick auf reguläre Versorgungsbedingungen veranschlagte der Landrat zunächst nur rund 100. Es fehlte an Sanitäreinrichtungen und Öfen, Fenster und Küchenessel befanden sich in einem reparaturbedürftigen Zustand. Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass die Lichtenburg

*„an der Straße gelegen ist und die Gefangenen vom Fenster aus mit der Außenwelt in Verbindung treten können. Gerade dieser Zustand in Verbindung mit den völlig fehlenden sanitären Einrichtungen wie auch die überaus schwierige Möglichkeit der Überwachung der Gefangenen und die Ausbruchsmöglichkeit waren, soweit ich im Bilde bin, der Grund, die Lichtenburg als Strafgefängnis nicht mehr zu benutzen.“<sup>2</sup>*

Der Landrat verkannte in seiner Rückmeldung möglicherweise den politischen Terror, der das mittlerweile nationalsozialistische Deutschland im Zusammenhang mit dem Brand des Reichstagsgebäudes in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 überzog und eine Form des rechtsfreien Raumes hervorgebracht hatte.

Bereits mit der „Verordnung zum Schutz des Deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 bestand die Möglichkeit, Personen „im Interesse der öffentlichen Sicherheit in Haft“ zu nehmen, zu diesem Zeitpunkt noch mit der Begrenzung der Haft auf drei Monate bzw. der Aufhebung durch die Verhängung einer gerichtlichen Untersuchungshaft.<sup>3</sup>

Die auf den 28. Februar 1933 datierte „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ setzte dann wichtige Bürgerrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft. Zur angeblichen „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ sah sie u. a. die Aufhebung des Verbots von Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der



Die Lichtenburg vom ehemaligen Garten aus

---

Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit vor.<sup>4</sup> Mithilfe des Paragraphen 2 dieser so genannten Reichstagsbrandverordnung war es der Regierung nun auch möglich, über die Befugnisse der Länderverwaltungen hinweg alle „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen“<sup>5</sup> zu treffen.

Unter dem euphemistischen Begriff der „Schutzhaft“ setzten ab März 1933 unter Abkehr jeglicher juristischer Verfahrensrechte Massenverhaftungen politischer Gegner ein. Damit wurde eine der wichtigsten Grundlagen des allgemeinen Strafrechts außer Kraft gesetzt, nämlich „nulla poena sine crimine“ (*keine Strafe ohne Verbrechen*). Die Schutzhaft richtete sich – über die angegebene Bekämpfung der Kommunisten hinaus – auch gegen Sozialdemokraten und andere als potentielle Regimegegner angesehene Personen.

Infolge der daraufhin einsetzenden Verhaftungswelle füllten sich die regulären Gefängnisse, was zu deren völliger Überlastung beitrug. Da die vorhandenen Kapazitäten nicht für die massenhafte Inhaftierung von Regimegegnern ausreichten, wurden provisorische Haftstätten in Kellern, Sportstadien und auf Schulhöfen eingerichtet. Darüber hinaus nutzten die neuen Machthaber zu diesem Zweck noch weitere ihnen geeignet

erscheinende Immobilien wie leer stehende Fabrikgebäude, Kasernen und eben auch Burgen und Schlösser.

Ungeachtet der Gründe, die zu ihrer Schließung als Strafanstalt geführt hatten, bot sich die Lichtenburg hier geradezu an. Die schlechten baulichen Voraussetzungen spielten politisch keine Rolle mehr und mit Blick auf das von den Nationalsozialisten angekündigte „Dritte Reich“ erschienen auch die Ausbruchsmöglichkeiten bedeutungslos. Die Zeit der frühen Konzentrationslager war angebrochen.

Diese Konzentrationslager jener Zeit, die mitunter auch als Sammel-, Internierungs- oder Arbeitslager bezeichnet wurden, widerspiegeln bei weitem noch nicht die planmäßige Politik des Völkermords, aber sie markierten den Auftakt zu einer Entwicklung, die direkt in die Katastrophe münden sollte.

In der Phase seiner Etablierung versuchte der nationalsozialistische Machtapparat, tatsächliche und potentielle politische Gegner durch Isolation, Misshandlungen und Demütigungen aller Art zu brechen und gleichzeitig eine Anpassung der übrigen im Sinne der angestrebten „Gleichschaltung“ zu befördern. Blanke Gewalt regierte dort, wo Sachargumente fehlten.

Die meisten der frühen Lager existierten nur wenige Monate oder Jahre, und unterstanden nicht der 1935 gegründeten Inspektion der Konzentrationslager. Zu den Ausnahmen gehörten das KZ Dachau mit seinem Bestehen von März 1933 bis April 1945, die Emslandlager mit ihrer 1936 abgeschlossenen Umwidmung in Straflager in der Verantwortung des Reichsjustizministeriums und das Konzentrationslager Kislau, das bis zu seiner Auflösung im April 1939 weiter dem badischen Innenministerium unterstand.

Die Entwicklung des KZ-Systems von teilweise hastig errichteten Provisorien zu einem durchorganisierten System des Terrors und der Gewalt steht nicht zuletzt dafür, dass die Nationalsozialisten durchaus nicht über einen vorbereiteten Generalplan verfügten, sondern sich zur Umsetzung ihrer Ziele durchaus an den jeweiligen Gegebenheiten orientierten. Die Geschichte der verschiedenen Lager im Schloss Lichtenburg steht vor allem während der Jahre 1933 bis 1939 für diese Entwicklung.

Nach einem Vorkommando von 50 Häftlingen aus diversen Polizeigegefängnissen des Regierungsbezirkes Halle-Merseburg trafen am 20. Juni 1933 die ersten 450 Häftlinge in der Lichtenburg ein. Zu diesem Zeitpunkt lag die Verantwortung für das Lager noch beim Regierungspräsidenten in Merseburg. Die Bewachung war einem Kommando der Schutzpolizei übertragen worden. Dementsprechend war der erste Lagerdirektor ein Polizeihauptmann.

Bereits wenige Monate später änderten sich die Verhältnisse gravierend: Anstelle der so genannten Schupos bewachten plötzlich schwarz uniformierte SS-Männer das Lager. Die Zuständigkeit lag nunmehr beim Reichsinnenministerium. Die Lichtenburg war mittlerweile zu einem der vier großen Konzentrationslager in Preußen aufgestiegen – neben Brandenburg/Havel, Papenburg (Emslandlager) und Sonnenburg (bei Küstrin). Im Mai 1934, fast ein Jahr nach der Einrichtung des Konzentrationslagers im Prettiner Schloss, beginnt mit der Ankunft von Theodor Eicke eine Neustrukturierung des Lagers nach dem Vorbild des KZ Dachau. Ziel aller Maßnahmen war eine stärkere Zentralisierung, die zum einen mit der Schließung kleinerer Lager und der Überstellung der Häftlinge in die noch bestehenden einherging und zum anderen einer Vereinheitlichung der Verwaltungsstrukturen. Bis zur Errichtung des KZ Sachsenhausen im Sommer 1936 war die Lichtenburg vor diesem Hintergrund auch das zentrale Lager für Häftlinge aus Berlin und dem Umland.

Zeitweise waren bis zu 1.500 Männer in der Lichtenburg zusammengepfercht auf einem Platz, der regulär für etwa 500 gereicht hätte. Die Bewachung oblag einer bis zu 600 Mann starken Truppe des „SS-Totenkopf-Sturmabteilung Elbe“. Ein weiterer Ausbau der Lichtenburg war nicht mehr möglich, denn die innerstädtische Lage des geschlossenen Gebäudekomplexes begrenzte die Zahl der Häftlinge und vor allem die Möglichkeiten der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in industriell organisierter Form. Mit dem Aufbau der großen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald erwies sich die Lichtenburg deshalb als entbehrlich. Im Herbst 1936 begannen die Überführungen in die neuen Lager. Im August 1937 war das Männer-Lager aufgelöst.

Nur wenige Monate später, im Dezember 1937, zogen weibliche Häftlinge in die nur vorübergehend verwaisten Mauern ein. Das erste zentrale Frauen-Konzentrationslager des Deutschen Reiches bestand bis zum Frühjahr 1939, bevor die Frauen in das ebenfalls neu errichtete KZ Ravensbrück überführt wurden. Die Struktur des Frauen-Lagers in der Lichtenburg glich der des Männer-Lagers, neu waren nur die „im Gefolge der SS“ tätigen weiblichen Aufseherinnen.

Als man für die anfallenden Arbeiten des SS-Hauptzeugamtes im Schloss zusätzliche Arbeitskräfte benötigte, richtete man hier kurzerhand ein Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen mit bis zu 65 Häftlingen ein.

Für die Häftlinge der drei nacheinander in der Lichtenburg existierenden Konzentrationslager gilt, dass sie den Schikanen und Übergriffen des Wachpersonals weitgehend



hilflos ausgeliefert waren. Für alle traf zu, was Lina Haag in ihren Erinnerungen an die Haft in der Lichtenburg formulierte:

*„Die Angst allein ist Marter genug, Marter genug die Gewissheit, dass es einmal passiert. Es ist ganz unmöglich, jahrelang hier zu sein, ohne dass es einmal ein Unglück gibt. Es kommt. Einmal kommt es. Entweder durch Denunziation [...] oder durch eine nicht richtig gebundene Schuhschleife oder durch die ungenügende Arbeit oder durch eine Kartoffel oder Brotrinde, die man sich aus dem Schweinekoben fischt...“<sup>6</sup>*

Keiner der Bewacher war gezwungen, die Gefangenen zu demütigen, zu misshandeln, zu entwürdigen. Doch die meisten von ihnen taten es und sie taten es bewusst. Ob es gemeinschaftliches Handeln war ohne Verantwortung für das eigene Tun oder das Gefühl, scheinbare unbegrenzte Macht auszuüben? Über diese Frage wird seit Jahren diskutiert, ohne eine völlig befriedigende Antwort gefunden zu haben; befriedigend nur in der Hinsicht, den Ursachen und Auslösern solchen Handelns in einer demokratischen Gesellschaft zuvor kommen zu können.

Was damals hinter den Schlossmauern geschah, blieb nicht unbemerkt. Die Bevölkerung Prettins lebte – genauso wie andernorts in einer solchen Situation – mit und von dem Konzentrationslager. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung trat schnell ein. Lokale Handwerker erhielten Aufträge und konnten umgekehrt Häftlinge als billige Arbeitskräfte einsetzen. Ortsansässige Händler belieferten das Konzentrationslager, und die Angehörigen der Wachmannschaften belebten nicht nur die Gastronomie, sondern auch das kulturelle Leben. Einzelne Bürger bewarben sich sogar um eine Anstellung im Wachdienst des Konzentrationslagers, wurden aber mangels Mitgliedschaft in der SS abgewiesen.<sup>7</sup> Nicht zuletzt ließen sich durch die Zwangsarbeit der Häftlinge Bauvorhaben realisieren, die für die Stadt ansonsten unerschwinglich gewesen wären, darunter die Anlage des Stadtparks und einer befestigten Badestelle.

An all dies erinnert auch die neu eröffnete Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin mit der Ausstellung „Es ist böse Zeit...‘ Die Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg 1933–1945“. Mit der heutigen Übergabe endet eine sehr lange und zeitweilig auch unrühmliche Geschichte des Umgangs mit der NS-Geschichte des Schlosses.

Als hier 1949 die erste Großkundgebung in Anwesenheit zahlreicher ehemaliger Häftlinge stattfand, hatte die landwirtschaftliche Nutzung des historischen Gemäuers und der dazu gehörigen Domäne schon begonnen. In Vorbereitung auf die Veranstaltung



Blick in die neue Dauerausstellung (Dachgeschoss)

---

hatten Anwärter der Volkspolizei zumindest den größten Teil nationalsozialistischer Symbolik in den Räumen entfernt. 1952 stellte die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten für die Lichtenburg im Bereich „*Bau von Denkmälern, Mahnstätten usw. für die Opfer des Faschismus*“ immerhin 10 000 DDR-Mark bereit.<sup>8</sup> Was genau mit diesem Geld finanziert wurde, lässt sich nicht mehr zu klären.

Immerhin wurde 1956 eine erste Gedenktafel am Schlosseingang angebracht, ergänzt durch die Umwidmung des Memorialsteins vor dem Gebäude der ehemaligen Kommandantur des KZ in einen Gedenkstein für den von SS-Wachleuten ermordeten Ernst Richter. Währenddessen lagerten in verschiedenen Bereichen des Schlosskomplexes Getreide und Maschinen. Nach dem Scheitern der Planungen zum Umbau als Kreisrathaus zog 1960 noch ein Lehrlingswohnheim ein.

Mit dem Jahr 1961 nahmen die Vorbereitungen zur Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte langsam Gestalt an. Es sollte jedoch noch längere Zeit dauern, ehe 1965 im Bunker die erste Ausstellung eröffnet wurde. Dann vergingen noch einmal 13 Jahre, bis in drei Räumen des mittleren Schlossflügels eine Dauerausstellung ihren Platz fand, die dort bis 2004 fast unverändert zu sehen war. Beide Ausstellungen hoben einseitig auf

die Geschichte der Arbeiterbewegung und den politischen Widerstand aus ihren Reihen ab. Andere Opfergruppen fanden dagegen kaum oder gar keine Erwähnung. Mit der Übernahme der Liegenschaft durch das Bundesvermögensamt 1993 rückte auch die Frage der künftigen Nutzung des Gesamtkomplexes in den Mittelpunkt. Die Ausschreibung zum Verkauf und die damit verbundenen Überlegungen eines möglichen Umbaus zum Hotel riefen bundesweit Proteste hervor. Dieser führte zu grundsätzlichen konzeptionellen Überlegungen und letztendlich zu der Eröffnung einer neuen Ausstellung im ehemaligen Werkstattgebäude sowie im Vorraum des Bunkers als festem Bestandteil der neuen Gedenkstätte. Dafür gebührt mein Dank den über viele Jahre engagiert mitwirkenden Personen, Institutionen und Initiativen, ohne deren Unterstützung und Engagement dies nicht möglich gewesen wäre.

## Anmerkungen

- 1 Der Text basiert auf dem Manuskript der Rede des Stiftungsdirektors vom 01. 12. 2011.
- 2 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg, Torgau Nr. 570, Bl. 35 f.
- 3 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes, vom 4. Februar 1933, in: Reichsgesetzblatt I 1933, S. 35 ff.
- 4 A. a. O., S. 83.
- 5 Ebenda.
- 6 Haag, Lina: Eine Handvoll Staub, Halle 1948, S. 148.
- 7 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, C 50 Torgau I, Nr. 570, Bl. 46.
- 8 Bundesarchiv Berlin, DY 55/V278/2/214.



Buddy Elias bei seiner Ansprache im Landtag von Sachsen-Anhalt

---

## **Ansprache von Buddy Elias anlässlich der Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag von Sachsen-Anhalt am 27. Januar 2012**

Sehr geehrter Ministerpräsident Haseloff, sehr geehrter Herr Präsident Gürth,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Jugendliche!

***„Einmal werden wir wieder Menschen sein und nicht nur Juden.“***

Anne Frank.

---

Am heutigen Tag denke ich natürlich in erster Linie an meine beiden Cousins Anne und Margot Frank, an meine Tante Edith Frank und an meinen Onkel Paul Elias – vier von sechs Millionen vergasteten, erschossenen, erhängten, erschlagenen Juden, davon eineinhalb Millionen Kinder – ohne die anderen zu vergessen, die Sinti und Roma, die Zeugen Jehovas, die Homosexuellen und alle, alle anderen, auch die deutschen Opfer. Und nochmals Anne Frank:

„Ich sehe, wie die Welt langsam immer mehr in eine Wüste verwandelt wird. Ich höre den anrollenden Donner immer lauter, der auch uns töten wird. Ich fühle das Leid von Millionen Menschen mit. Und doch, wenn ich zum Himmel schaue, denke ich, dass sich alles wieder zum Guten wenden wird, dass wieder Ruhe und Frieden in die Weltordnung kommen wird.“

Annes Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Nach ihrem und Margots Ende, nach schrecklichem Siechtum, auf das ich noch zu sprechen kommen werde, hat die Welt, die Menschheit vergebens das Ende des Mordens herbeigesehnt. Denn Auschwitz war nicht das Ende. Wir hatten Srebrenica mit 7 000 ermordeten Muslimen, wir hatten Ruanda mit 800 000 Opfern, Darfur, und täglich sterben Menschen wegen ihrer Religion, ihrer Nationalität oder Hautfarbe.

Wie aber konnte es zu dieser unbegreiflichen, ungeheuerlichen Katastrophe genannt Holocaust in diesem Land Deutschland, einem Land der höchsten Kultur kommen? Wie konnte es sein, dass unschuldige deutsche Bürger jüdischen Glaubens, Bürger dieses Landes, von denen 12 000 im Ersten Weltkrieg für Deutschland gefallen sind, aus ihren Wohnungen und Geschäften gezerrt, verprügelt und erschlagen wurden, „Untermenschen“ und „Ungeziefer“ genannt wurden?

Auch mein Vater und die Brüder meiner Mutter standen für Deutschland von 1914 bis 1918 an der Front. Meine Großmutter erhielt das Verdienstkreuz für die Pflege der Verwundeten, meine Mutter war ebenfalls Krankenschwester und auch Otto Frank und mein Vater wurden ausgezeichnet.

Wie war es möglich, dass Gotteshäuser angezündet wurden und die Menschen stauend und oft applaudierend zuschauten? Wie konnte es sein, dass Gedichte von Heinrich Heine verbrannt wurden, Mendelssohn nicht mehr gespielt werden durfte und herrliche Kunstwerke als „entartete Kunst“ verbannt wurden? Wie konnte es sein, dass kein Aufschrei des Protestes zu hören war? Dass mit wenigen Ausnahmen das Volk diesem Verführer zujubelte und die Inhumanität beklatschte?

Haben zu wenige Hitlers „Mein Kampf“ gelesen? Oder waren sie einverstanden mit Sätzen wie: „Die deutschen Menschen sind eine Herrenrasse und dazu ausersehen, Menschen niederer Abstammung zu beherrschen, zu versklaven oder zu vernichten.“?

Oder der Beschluss der Wannseekonferenz, wo beschlossen wurde, die Juden Europas straßenbauend im Osten zum Arbeitseinsatz zu bringen, wobei zweifellos „ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen“ wird und der „Restbestand ... entsprechend

behandelt“ werden muss. – Wo blieb der Aufschrei, wo der Protest, wo die Humanität? Meine Familie konnte diesem schrecklichen Schicksal durch eine glückliche Fügung entkommen. Mein Vater erhielt schon 1929 von einer deutschen Firma den Auftrag, eine Vertretung in der Schweiz aufzubauen. So konnten wir schon damals dem schrecklichen Schicksal unserer Glaubensbrüder entkommen.

Viele Juden, die noch die Möglichkeit hatten zu fliehen, haben dies nicht getan, weil sie sich sagten: Wir sind doch Deutsche. Was kann uns denn passieren? – Dass mein Vater seine Stelle nach der Machtergreifung verlor, sei nur am Rande bemerkt.

Nachdem die SA vor Otto Franks Haus mit dem Lied „Wenn’s Judenblut vom Messer spritzt, dann geht’s noch mal so gut“ vorbeimarschierte, sah auch Otto Frank die Zeichen der Zeit und emigrierte mit seiner Familie nach Holland. Alles sah nach einer glücklichen Zukunft aus. Noch einige Male war es mir vergönnt, mit Anne und Margot schöne harmonische Ferien in der Schweiz zu verbringen. Nach dem Einmarsch der deutschen Armee in Holland war dies nicht mehr möglich. Aber die Korrespondenz funktionierte noch gut, und Briefe aus dieser Zeit sind noch erhalten.

Am 5. Juli 1942 erhielt Margot, damals 16 Jahre alt, die Aufforderung, sich am nächsten Tag zum Abtransport in ein „Arbeitslager“ zu melden. Vater Frank hatte dies befürchtet und schon Wochen zuvor ein Versteck in seinem Geschäftshaus vorbereitet. Am selben Tag schrieb die Familie uns das für über zwei Jahre letzte Lebenszeichen, eine Postkarte mit dem Vermerk, wir müssten verstehen, dass Korrespondenz jetzt nicht mehr möglich sei.

Über zwei Jahre lang lebten wir in Angst und Sorge und ohne Nachricht von unseren Lieben. Von der Verhaftung, dem Abtransport nach Auschwitz wussten wir nichts. Das erste Lebenszeichen kam bald nach Kriegsende, ein Telegramm von Otto, übermittelt vom Roten Kreuz, das lautete: „Arrivons Marseille, bonne santé, partons Paris, baisers Otto Frank“. Also: Wir kommen in guter Gesundheit in Marseille an, fahren nach Paris weiter, Küsse Otto Frank.

Die Freude bei uns in Basel war groß, hieß es doch, wir kommen an. Wir interpretierten dies hoffnungsvoll, dass es die Familie sei. Das war ein tragischer Trugschluss, wie sich bald herausstellte. Ein Schreiben, das er uns unmittelbar nach seiner Befreiung noch auf Auschwitz-Papier geschrieben hatte, erhielten wir erst nach Kriegsende. Nach einem ersten Brief von Otto mit wenigen Details kam bald danach sein zweites Schreiben:

„Liebste Mutter, Ihr Lieben Alle, heute kam Mutters Karte vom 20. Mai an Herrn Kleimann an. Es war eine große Freude für mich, ihre Handschrift zu sehen. Endlich sind wir wieder in Verbindung! Da meine verschiedenen Briefe hier nicht angekommen sind,

weiß ich nicht, was Ihr erhalten habt, nehme jedoch an, dass mein Telegramm aus Marseille in Eure Hände kam. Erst hier hörte ich, dass nach Juni 44 keine Verbindung mehr bestand, sodass Ihr aus den Wolken gefallen sein müsst, als Ihr das Telegramm erhieltet. Ich schreibe hier im Büro, es ist alles wie ein schwerer Traum, ich kann mich in der Wirklichkeit noch nicht zurechtfinden. Wenn ich auch nicht viel schreiben will, so doch kurz den Zusammenhalt.

„Am 6. Juli 1942“ – es war der 5. Juli; ich habe festgestellt, dass Otto Frank nach Auschwitz die Daten und Termine nicht mehr richtig wusste – „erhielt Margot von der Gestapo eine Aufforderung, sich zu melden zum Abtransport nach Deutschland. Ich wollte sie natürlich nicht gehen lassen, und so zogen wir es vor, alle zu verschwinden. Dass ich etwas vorbereitet hatte, konntet Ihr aus meinen letzten Zeilen wohl entnehmen. Wir hielten uns im Opekta-Gebäude oben in den Dachräumen versteckt, wohin wir auch die 3 van Pels und später den Zahnarzt Dr. Pfeffer kommen ließen. Wir waren also 8 Personen und wurden von unseren Leuten aufopfernd versorgt, trotz aller Gefahr, die damit verbunden war. Wir gingen nie ins Freie. Trotzdem wurden wir anscheinend verraten, denn im Juli 1944“ – es war August 1944 – „wurden wir von der Gestapo verhaftet und nach einem Monat im holländischen Lager nach dem ‚Vernichtungslager Auschwitz‘ nach Polen abgeschoben. Ich gebe heute keine Details. Am 5. September habe ich Edith und die Kinder zuletzt gesehen. Diese waren in Birkenau, und die Kinder mussten im Oktober – wie ich von anderen hörte – zur Arbeit nach Deutschland oder Tschechei. Wo sie sind, weiß ich nicht, und der Gedanke an sie verlässt mich nicht. Ich war im November 44 durch die Arbeit und die geringe Nahrung so geschwächt, dass ich durch Vermittlung eines holländischen Arztes im Krankenhaus aufgenommen wurde“ – Sie können sich vorstellen, was ein „Krankenhaus“ in Auschwitz war – „und dort wieder zu Kräften kam, bis wir durch die Russen am 27. Januar 45 befreit wurden. Am 26. waren wir durch die S.S. herausgeholt *[worden]*, um ermordet zu werden, aber die S.S. wurde abgerufen, bevor es möglich war – es geschah ein Wunder!“

Otto Frank war mit anderen Gefangenen noch in letzter Minute von der SS herausgeholt worden. Er war an die Wand gestellt worden, das Erschießungskommando war schon da, als ein Auto mit SS-Leuten angebraust kam, die dem Erschießungskommando zuriefen: Weg, weg, die Russen kommen! – So ist Otto Frank buchstäblich in letzter Minute gerettet worden.

„Was laufen konnte, war von den Deutschen vor dem 16. mitgenommen *[worden]*. Nun hatten wir Nahrung genug. In Abständen ging es dann vom Anfang März über Kattowitz,

Czernowitz nach Odessa, dann über die Dardanellen nach Marseille und direkt nach Holland. Der erste Plan, uns nach Paris zu senden, ging nicht durch. Edith hatte es anscheinend schwerer. Ich hörte, dass sie mehr und mehr abmagerte, sehr darunter litt, dass die Kinder wegmussten, und an Entkräftung am 6. Januar entschlief. [...] Ich bin allein, mehr brauche ich doch nicht zu sagen.“

Als Margot und Anne von der Mutter weggezogen wurden und nach Bergen-Belsen transportiert wurden, ist Edith geistig umnachtet worden. Sie hat das kleine bisschen Brot, das sie bekommen hatte, in ihre Strohmattatze gesteckt, um es aufzuheben, bis die Kinder zurückkommen würden. Da die Kinder nicht zurückgekommen sind, ist Edith verhungert.

„Hier habe ich meine alten Freunde zurückgefunden. Kleimann war 7 Wochen im Gefängnis und im Lager. Kugler kam erst vor 14 Tagen frei. Alles unersetwegen. Die Firmen bestehen noch, natürlich sind keine Grundstoffe da, aber die Basis, um wieder aufzubauen. Unser ganzer Haushalt ist geraubt. Etwas hatte ich noch an anderen Stellen bewahrt, aber nicht viel. Ich habe weder Hut noch Regenmantel, weder Uhr noch Schuhe, abgesehen von dem, was mir andere geliehen haben. Man kann hier auch nichts bekommen, es bestehen keine Vorräte. Ich wohne bei Miep Gies. Geld habe ich im Moment, denn ich brauche nicht viel. Ich habe große Sehnsucht nach Euch Allen. Schreibt mir bitte die Adresse von den Jungens. Ich warte darauf, bald alles von euch zu hören, von all den vielen, von denen wir schon so lange nichts wissen. An Robert“ – das ist sein älterer Bruder, der nach England flüchten konnte – „habe ich auch nur kurz geschrieben, ich kann nicht in Details gehen. Normal bin ich noch nicht, das heißt, ich kann mein Gleichgewicht noch nicht finden. Körperlich geht es mir gut. Genug für heute, es regt mich alles sehr auf, die Hauptsache ist, dass die Kinder wieder auftauchen. Ich muss Geduld haben. Lasst bald von euch hören. Viele 1 000 Grüße und Küsse – Euer Otto“.

Einen Monat später hat Otto Frank die Nachricht vom Tod seiner Kinder erhalten. Er hat dann eine Dame gefunden, die mit den zwei Mädchen die letzten Wochen in Bergen-Belsen zusammen war, und diese Dame hat ihm einen Augenzeugenbericht geschrieben. Ich zitiere hieraus:

„Nachdem wir etwas zu essen hatten, fanden wir einen Wasserhahn, wo wir uns etwas waschen konnten, etwas, was wir seit Auschwitz nicht mehr konnten. Wir wickelten uns wieder in unsre Decken. Dann trafen wir auf zwei kahle Figuren, die aussahen wie zwei frierende Vögelchen. Wir fielen uns in die Arme und weinten. Es waren Margot und Anne



Frank. Wir fragten sie nach ihrer Mutter. Anne sagte: ‚Selektioniert.‘ Wir vier gingen dann zum Appellplatz an den Baracken vorbei. Da sahen wir einige große Zelte, die aussahen wie Zirkuszelte. Eines dieser Zelte wurde uns zugewiesen und wir legten uns aufs Stroh. Wir schmiegt uns aneinander unter unseren Decken. Die ersten Tage waren friedlich, wir schliefen viel. Dann begann es zu regnen. Sogar unter unseren Decken konnten wir uns nicht erwärmen. Zudem waren da noch die Läuse. Dann wurden wir zur Arbeit gerufen. Von alten Schuhen mussten wir die Sohlen runterreißen. Dafür bekamen wir etwas Suppe und ein kleines Stück Brot. Bald begannen unsre Hände zu bluten und entzündeten sich. Anne und ich mussten zuerst aufhören. Jannie und Margot konnten noch etwas länger aushalten. Nach ein paar Tagen setzten heftige Winterstürme ein. Die Zelte hielten dem nicht stand und brachen auseinander. Es gab Verwundete. Wir wurden in einen Schuppen getrieben, in welchem Lumpen, alte Schuhe und anderes gelagert war. Anne fragte: ‚Warum wollen sie, dass wir wie Tiere hausen? – Jannie antwortete: ‚Weil sie selbst Raubtiere sind.‘ Eines Tages im Dezember erhielten wir ein kleines Stückchen Käse und etwas Marmelade. Die SS und die Aufseherinnen zogen sich zurück, um zu feiern. Es war Weihnachten. Mit Margot und Anne Frank, den Daniel-Schwestern und uns waren wir nun drei Schwesternpaare. Wir wollten an diesem Abend Nikolaus, Chanukka und Weihnachten auf unsere Weise feiern. Jannie hatte einige Ungarinnen kennen gelernt, die in der SS-Küche arbeiteten. Mit deren Hilfe bekamen wir zwei Hände voll Kartoffelschalen. Anne konnte ein Stück Sellerie auftreiben. Die Daniel-Schwestern fanden etwas rote Rüben. Ich sang und tanzte für einige Aufseherinnen und erhielt eine Hand voll Sauerkraut. Wir hatten unser Brot gespart, und mit all dem zusammen machten wir kleine Überraschungen für die anderen. Wir rösteten die Kartoffelschalen und sangen leise holländische und jiddische Lieder. Wir stellten uns vor, was wir machen würden, wenn wir nach Hause kämen. ‚Dann machen wir eine Party, ein Festessen bei Dikker & Thys‘, eines von Amsterdams teuersten Restaurants, schlug Anne vor. Für kurze Zeit waren wir fast glücklich. Dann wurde Jannie und mir eine andere Baracke zugeteilt. Wir baten Anne und Margot, mit uns zu kommen. Aber Margot hatte schrecklichen Durchfall und musste in der alten Baracke bleiben, wegen der Gefahr von Magentyphus. Anne sorgte sich um sie, so gut sie konnte. In den folgenden Wochen besuchten wir sie ab und zu und konnten ihnen hin und wieder etwas zu essen bringen. Es musste März gewesen sein, der Schnee war geschmolzen, als wir sie wieder mal besuchten. Aber sie waren nicht mehr in der Baracke. Wir fanden sie in der Kranken-



Buddy Elias im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern

---

baracke. Wir beschworen sie, nicht dort zu bleiben, denn wenn man aufgab, war das Ende nah. Anne sagte: ‚Hier können wir beide auf einer Pritsche liegen, wir sind zusammen und wir haben Frieden.‘ Margot konnte nur noch flüstern. Sie hatte hohes Fieber. Am nächsten Tag gingen wir wieder zu ihnen. Margot war von der Pritsche gefallen und war kaum noch bei Besinnung. Auch Anne hatte Fieber, war freundlich und süß. Sie sagte: ‚Margot wird gut schlafen, und wenn sie schläft, brauche ich nicht mehr aufzustehen.‘ Einige Tage später fanden wir die Pritsche leer. Wir wussten, was das bedeutete. Wir fanden sie hinter der Baracke, wickelten ihre dünnen Körper in eine Decke und trugen sie zu einem Massengrab. Das war alles, was wir noch für sie tun konnten.“

Das Lager wurde am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit. Der britische Militärarzt Hughes beschrieb die Situation so:

„Kein Bericht und keine Fotografie kann den grauenhaften Anblick des Lagergeländes hinreichend wiedergeben. An zahlreichen Stellen waren die Leichen zu Stapeln von unterschiedlicher Höhe aufgeschichtet. Überall im Lager lagen verwesende menschliche Körper. Allein von Januar bis Mitte April 1945 hat es 35 000 Menschen das Leben gekostet.“

Nach der Verhaftung der Familie und deren Freunden ging Miep Gies, die heldenhafte Helferin der Untergetauchten, ins Versteck, um zu sehen, ob noch irgendetwas zu retten wäre, und fand dort Annes Tagebücher. Sie hob sie auf, um sie Anne nach ihrer Rück-

kehr zurückzugeben. Als Otto Frank zu Miep kam und ihr sagte: „Miep, meine Kinder kommen nicht mehr zurück“, übergab Miep Vater Frank die Tagebücher mit der Bemerkung: „Das ist das Vermächtnis Ihrer Tochter.“

Der Rest ist Geschichte.

Ich werde oft von Jugendlichen gefragt, wie ich mich heute in Deutschland fühle. Deutschland ist wieder meine zweite Heimat geworden. Es liegt mir fern, die heutige Generation für die Verbrechen der Nationalsozialisten verantwortlich zu machen.

Sie, meine Damen und Herren, haben keine Schuld.

Ich fühle mich wohl in Deutschland. Wir haben ja auch zwölf Jahre lang in Berlin gelebt, drei Jahre lang in Bremen, in Mannheim und in Tübingen, wo ich am Landestheater meine geliebte Frau kennen lernte. Unsere Söhne leben heute noch in Hamburg und Berlin.

Leider hat trotz allem Bert Brecht mit seinem Ausspruch: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das koch“, Recht behalten. Die Morde der Neonazis, die immer noch vorhandene NPD, die rechtsradikalen Aufmärsche, wie neulich hier in Magdeburg, bei uns in der Schweiz die PNOS, die „Partei National Orientierter Schweizer“, in Frankreich die „Front National“ und auch die verschiedenen nationalistischen Gruppierungen in anderen Ländern mahnen uns zu allergrößter Aufmerksamkeit. Natürlich sind auch linksradikale Gewalttaten abscheulich und zu verurteilen.

Große Lichtblicke sind Organisationen wie hier in Deutschland zum Beispiel „Gesicht zeigen“, die sich immer wieder für bedrohte Menschen einsetzen und mutig gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv werden.

Auch unser Anne-Frank-Fonds in Basel, eine Gründung von Otto Frank, dessen Präsident ich bin, verwendet das Einkommen aus Anne Franks Schriften weltweit für Friedensprojekte, völkerverbindende Projekte und Hilfe für Kinder in Not. Ein Schulbeispiel für Friedensprojekte: Wir unterstützen auch Organisationen in Israel, aber nur solche, die mit den Palästinensern zusammenarbeiten.

Ich appelliere vor allem an euch Jugendliche. Ihr seid die Zukunft. Ihr gestaltet dieses Land und habt vielleicht Möglichkeiten, international eine bessere Welt zu gestalten. Reicht euch die Hände, nicht die Fäuste.

Meine Damen und Herren, auch wenn es utopisch ist: Ich wünsche uns allen eine Welt ohne Kriege, eine Welt ohne Diskriminierungen, eine Welt, in der sich die Menschheit vom Nationalismus zum Humanismus bekehrt.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Ehre, hier sprechen zu dürfen.



Schüler mit der Zeitzeugin Roswitha Knoppek im „Besucherkeller“ der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

---

### **Eine lehrreiche Tradition – 10 Jahre Seminar „Unrechtssysteme in Deutschland“ in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn vom 1. bis 4. November 2011**

Hanka Rosenkranz

Ein milder farbenfroher Herbst machte das Reisen sehr angenehm. Sonst hat uns Anfang November so mancher eiskalter Wind und Regen bei der Erkundung der Gedenkorte durchgepusht. Uns – das sind zwei Klassen der Jahrgangsstufe 10 der Sekundarschule Hagenberg Gernrode und unserer Partnerschule, der Realschule Walsrode. Es gibt kein großes „Fremdeln“ am Ankunftstag, denn man kennt sich. So manche SMS und Mail ist in den letzten Monaten durch den Äther verschickt worden. Die Schüler beider Klassen haben sich im April 2010 noch als Neuntklässler beim ersten Teil des Seminars „Unrechtssysteme in Deutschland“ in der Gedenkstätte Bergen-Belsen kennen

## Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

gelernt und gemeinsam gearbeitet. Damals stand der Nationalsozialismus im Mittelpunkt, das Aufzeigen von Mechanismen einer Diktatur und deren menschenverachtenden Folgen. Was ist Recht und Unrecht, wie zeigt sich das Unrecht im gesellschaftlichen und politischen System, was „macht“ es aus Menschen, wer wurde warum Täter und Opfer in diesem System?

Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg führte zur bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches und zur Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und 1949 zur Gründung zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. Damit sind wir am Ausgangspunkt des zweiten Teils des Seminars „Unrechtssysteme in Deutschland“ in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Mit dem Ausbau des politischen und ideologischen Totalitätsanspruchs der SED-Führung kam es zum Wegbrechen demokratischer Strukturen in der DDR; keine freien Wahlen, keine Meinungsfreiheit, kein Recht auf Freizügigkeit, keine Rechtssicherheit, Zensur von Presse und Kultureinrichtungen, die Normierung jugendkultureller Aktivitäten zur Durchsetzung eines absoluten Gesellschaftsbilde. Das Fordern von Grundrechten und das Überschreiten der vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, die in den Geschichtsphasen der DDR unterschiedlich eng interpretiert wurden, führten zu Sanktionen für die Betroffenen, ohne dass diesen der Grund immer bewusst wurde. Anhand von vier verschiedenen Biografien zwischen 1950 und 1980 sind den Jugendlichen Lebenspläne und deren Versuch sie auszuleben vorgestellt worden sowie deren Sanktionierung und die Folgen für ihren weiteren Lebensweg.

Der erste Tag führte die Schüler in die Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg. Vor Ort beschäftigten sie sich in Kleingruppen mit den Aufgaben und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit und erkundeten gemeinsam mit zwei Zeitzeugen, die aus politischen Gründen mehrere Monate in Untersuchungshaft gesessen hatten, das ehemalige Stasigefängnis. Die Schüler kamen mit den Zeitzeugen in ein lebhaftes Gespräch über die Gründe ihrer Haft, die Verhörmethoden, die schlechten Haftbedingungen und die körperlichen und psychischen Schikanen, die angewendet wurden, um den Häftling zu brechen oder gefügig zu machen.

Am zweiten Tag besichtigte die Gruppe das Grenzdenkmal in Hötensleben. Die Schüler erhielten Informationen über den systematischen Ausbau der Grenze seit Kriegsende bis zum Mauerfall 1989 und hörten viele Lebensgeschichten aus dem Ort, insbesondere darüber, wie die Grenze das Alltagsleben vieler Familien beeinflusste und diese



## Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

voneinander trennte. Achim Walther, Vorsitzender des Grenzdenkmals Hötensleben, berichtete über Beispiele, wie man mit Liedern, Winken, Weihnachtsbäumen u. a. von Schöningern aus versuchte, Kontakt mit den Hötenslebern aufzunehmen, und von den Störmanövern der DDR-Organen an der Grenze. Der Zeitzeuge Hermann Pröhl berichtete den Jugendlichen über den alltäglichen Dienst als Grenzsoldat in den 1960er Jahren an der innerdeutschen Grenze bei Hötensleben. Ein Höhepunkt der Projektwoche war es, als die Jugendlichen von ihm an die Stelle geführt wurden, wo ihm 1968 als Grenzsoldat die Flucht in die Bundesrepublik gelungen war.

Der dritte Tag verdeutlichte einen weiteren Aspekt der deutschen Teilung: In der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn erkundeten die Schüler die Funktionseinheiten der früheren Grenzübergangsstelle, die ein „Nadelöhr“ im Grenzsysteem zwischen Ost und West an der Transitstrecke der Autobahn 2 war.

All die vielen Informationen, Erkenntnisse, Gefühle wurden in 4 Kleingruppen diskutiert und mit kreativen künstlerischen Methoden verarbeitet. Die Schüler wurden dabei von vier Kunstpädagogen begleitet.

Die Fotogruppe beschäftigte sich mit dem Thema „Gefühle“. Wie zeigen sich Gefühle von Macht, Ohnmacht, Angst, Erniedrigung, Freude usw. in der Mimik und Gestik, in der Körperhaltung, an den Händen der Gefangenen, der Wärter, dem Verhörpersonal? Auch die Fotografien der Grenzanlagen sollten Stimmungen einfangen, wie Ausgrenzung oder Einsamkeit. Die Fotos wurden mit Musik unterlegt und kleine Texte dazu verfasst.

Die Videogruppe hatte mit Eva Volkmann und Peter Bräunig von „Blende 39“ aus Magdeburg richtige Profis zur Hilfe. Die Schüler beteiligten sich am Erarbeiten des Drehbuches und führten selbst die Kamera. Im Mittelpunkt stand das Schicksal von Wolfgang Bischoff, der wegen seiner kritischen Haltung zum SED-Staat einen Ausreiseartrag stellte und dafür eineinhalb Jahre in politischer Haft verbringen musste, davon 8 Monate in der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt. Neben dem Zeitzeugengespräch verarbeiteten sie in einer künstlerischen Spielszene die angespannte Atmosphäre während der Verhöre, die oft viele Stunden dauerten, oft nachts unter Schlafentzug und unter Drohungen stattfanden, durch Vernehmer, die jede Antwort des Häftlings wieder in Frage stellten.

Frau Heinlein aus Gernrode war die helfende und inspirierende Hand der Kunstgruppe. Mit ihren Schwarz-Weiß-Zeichnungen konzentrierten sie sich auf wenige wesentliche Aussagen, wie zum Beispiel die Eindrücke von Grenzanlagen, aber auch Ausgrenzung von Gefangenen aus der Gesellschaft, ihre erlebte Erniedrigung sowie auch ihr Wille zum

## Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn



Der Zeitzeuge Hermann Pröhl mit den Schülern am Grenzdenkmal Hötenleben

Überleben. Die Jugendlichen verarbeiteten in besonderem Maße ihre Eindrücke vom Lebensschicksal von Melanie Kollatzsch, die völlig unschuldig vor einem Sowjetischen Militärtribunal 1947 der Spionage angeklagt, in elf Haftanstalten (auch in Halberstadt) 15 Jahre Zuchthausstrafe verbüßen musste, davon drei Jahre in Einzelhaft. Gemeinsam sahen sie ihren Film „Gesicht zur Wand – 15 Jahre politische Haft in der SBZ und DDR“, und es entspann sich eine lebhaftes Gesprächsrunde. Die Jugendlichen waren tief beeindruckt von ihrem Lebensmut und ihrer Agilität mit ihren 83 Jahren.

Auch die Theatergruppe brillierte mit einem anspruchsvollen Stück, das Thomas Seyde aus Leipzig als Mentor und Trainer begleitete. An Hand des Textes „Spaziergang nach Syrakus“ (1803) von Johann Gottfried Seume sollten die Jugendlichen eigene „Grenz-erfahrungen“ in ihrem Leben, die erste Reise in Freiheit ohne Grenzen und ihre Vorstellungen von einem freiheitlichen Leben mit selbst geschriebenen Texten einbringen. Seume war 38 Jahre alt, als er sich zu Fuß auf den Weg machte vom sächsischen Grimma nach Italien. In seinem Text zitiert Seume Friedrich Hölderlin: „Alles prüfe der Mensch, sagen die Himmlischen, daß er, kräftig genährt, danken für Alles lern, und verstehe die Freiheit aufzubrechen, wohin er will“. Die Jugendlichen verglichen ihre eige-

## Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

nen Lebensideale mit den Erfahrungen der Zeitzeugin Roswitha Knoppek, die 1970 /71 in Magdeburg als 23-Jährige, nach einem missglückten Fluchtversuch über Ungarn, im Gefängnis der Staatssicherheit saß. Sie erzählten aber auch von Klaus Müller aus Rostock, der sich 1988, nach sieben Jahren akribischer Vorbereitung, aus der DDR heraus, auf den Weg nach Syrakus machte. Weil sein Wunsch, die DDR offiziell für diese Reise zu verlassen, nicht genehmigt wurde, floh er mit einem Segelboot über die Ostsee, um dann auf Seumes Spuren zu reisen. Seine Rückkehr in die DDR begann mit einer Festnahme durch die Staatssicherheit und einem Verhör. Ein Jahr später gab es die DDR nicht mehr.<sup>1</sup> Alle spielenden Schüler machten sich bewusst, wie wichtig es ist, sein Leben frei und selbstbestimmt zu leben und brachen auf nach Syrakus ...

Viel Applaus während der Präsentation war der Lohn für die Arbeit aller, für den Willen, sich mit diesen schwierigen Geschichtsthemen auseinander zu setzen, Beulen einzustecken und „seine Freiheit“ wertschätzen zu lernen.

Unser Dank gilt der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt sowie der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e. V., die dieses Seminar mit finanziert haben und Lernen am historischen Ort ermöglichen.

Unser Dank geht ebenso an die Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die mit viel Engagement diese Projektstage vorbereiteten.

Das Seminar „Unrechtssysteme in Deutschland“, das in dieser Form bereits zum 10. Mal stattfand, hat den Schülern sehr viele Erkenntnisse über die beiden deutschen Diktaturen sowie ihre Wirkung auf die Menschen vermitteln können.

1 Siehe auch: Friedrich Christian Delius: Der Spaziergang von Rostock nach Syrakus, Reinbek 1995. Der Autor berichtet über die Geschichte von Klaus Müller aus Rostock, der in der Erzählung Paul Gompitz heißt.



## Stasi-(U-)Haft – Quellen, Forschung und Gedenkstätten

### Tagungsbericht über den Workshop in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg am 2./3. November 2011

Daniel Bohse, Frank Stucke

*Veranstalter: Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)/Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt sowie Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam in Zusammenarbeit mit Gedenkstätte Bautzen/Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert (Potsdam), Gedenkstätte Bautzner Straße (Dresden), Thüringische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (Erfurt), Museum Runde Ecke (Leipzig)*

*Gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*

Die zweitägige Veranstaltung richtete sich wie schon der erste Workshop in Potsdam im Jahr 2010 an alle Leiter und Mitarbeiter von Gedenkstätten, Initiativen oder anderen Einrichtungen, die sich an den Standorten ehemaliger Haftanstalten mit dem Thema Stasi-Untersuchungshaft auseinandersetzen. Ziel des Workshops war es, mit Berichten aus der aktuellen Forschung neue Erkenntnisse zum Thema Stasi-(Untersuchungs-)Haft zu diskutieren, Anstöße zu praktischen Aspekten der Gedenkstättenarbeit zu geben und zur gegenseitigen Information und Vernetzung der Einrichtungen beizutragen. Nach der Begrüßung der Teilnehmer und der Vorstellung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt durch Dr. Kai Langer (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt) sowie Ausführungen von Daniel Bohse als Leiter der gastgebenden Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg zum Veranstaltungsort, der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt, führte Dr. Hans-Hermann Hertle (ZZF Potsdam) in das Thema und in den Ablauf des Workshops ein. Die Tagung stehe in der Kontinuität des ersten Workshops im Jahr 2010 in Potsdam; bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen, so die damals wie heute geltende Leitidee, komme den Gedenkstätten mit Stasi-Bezug und hier insbesondere den Gedenkstätten, die in den ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalten deren Geschichte dokumentieren, eine besondere



## Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Rolle zu. Denn an diesen authentischen Orten gewinne die Vermittlung der politischen Überwachung, Unterdrückung und Verfolgung vermeintlicher und tatsächlicher politischer Gegner, die wesentliche Charakteristika des SED-Staates waren, besondere Eindringlichkeit und Tiefe.

Hertle begrüßte ausdrücklich die Entwicklung zum weiteren Auf- und Ausbau ehemaliger Untersuchungsanstalten des MfS zu Gedenkstätten, Lernorten und Begegnungsstätten, insbesondere in Magdeburg, Dresden, Erfurt und Potsdam, die sich somit zukünftig unter günstigeren Bedingungen als bisher der Aufarbeitung und Vermittlung der Rolle des MfS bei der Verfolgung und Unterdrückung von vermeintlichen oder tatsächlichen Kritikern und Gegnern des SED-Regimes in der DDR widmen könnten. Hertle dankte der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und insbesondere den Mitarbeitern der Gedenkstätte Moritzplatz, dass sie kurzfristig, bedingt durch die baulichen Schwierigkeiten in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), die Durchführung des Workshops in Magdeburg ermöglicht hätten.

In Panel 1 „(Stasi-)Haft – Quellengrundlagen“, referierten Frank Joestel und Susanna Wurche (beide BStU Berlin) zur Überlieferung zu Stasi-Untersuchungshaft und Strafverfolgung in den Archiven des BStU. Sie verwiesen dabei auf einige bislang wenig wahrgenommene Bestände des BStU-Zentralarchivs sowie am Beispiel der Akten zu den Zelleninformatoren auf die äußerst disparate Überlieferungslage (bezogen auf die einzelnen DDR-Bezirke) von Unterlagen der Abteilungen IX und XIV. Daneben zeigten beide Referenten neue Ansatzpunkte für Recherchen bzw. Recherchemöglichkeiten auf, die sich aus der fortschreitenden Bearbeitung früher noch nicht erschlossener bzw. für die Benutzung freigegebener Bestände ergeben. Das gelte nicht nur für Recherchen zu Inhaftierten, sondern auch zu Mitarbeitern der Abteilungen IX und XIV.

Kerstin Risse (Bundesarchiv Berlin) gab in ihrem Vortrag über „Verurteilungen und Haft in den DDR-Dokumenten im Bundesarchiv“ sowohl einen Überblick über die für die Thematik einschlägigen und aufschlussreichen Bestände des Bundesarchivs als auch über deren Erschließungszustand, den Stand der Digitalisierung, der Recherchierbarkeit über das Internet sowie über die aus datenschutzrechtlichen Gründen teilweise eingeschränkte Nutzbarkeit für die Forschung. Sie informierte darüber, dass Unterlagen zu insgesamt 64 Hinrichtungen von Häftlingen in der DDR in der zentralen Hinrichtungsstätte in Leipzig aufgearbeitet vorliegen. Insgesamt seien 835.290 Karteikarten zu Verurteilungen und Haft in der DDR überliefert. In dem anschließenden von Tobias Hollitzer (Museum Runde Ecke Leipzig) moderierten Podium

standen unter anderem die Zugangsmöglichkeiten zu verschiedenen Beständen der BStU und die Aussicht auf eventuelle sachthematische Recherchemöglichkeiten in Beständen der BStU im Mittelpunkt der Diskussion. Diesbezüglich kündigte Frank Joestel die Bereitstellung von Findmitteln für die Abteilungen IX und XIV des MfS in absehbarer Zeit an.

Im Anschluss daran referierte OStA a. D. Dr. Hans-Jürgen Grasemann (Braunschweig) über die Erfassung von (MfS-)Häftlingsaussagen in der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Er legte u. a. dar, dass die Vertuschungs- und Verschleierungsversuche des MfS der DDR nicht dazu beitragen konnten, die Glaubwürdigkeit der Aussagen von politisch Verfolgten über die Unterdrückung und Rechtsbeugung in DDR zu erschüttern oder in Zweifel zu ziehen. Er verwies auch darauf, dass die DDR durch ein ungerecht hohes Strafmaß versucht habe – was als Rechtsbeugung bezeichnet werden müsse – den humanitären Freikauf von politischen Häftlingen durch die Bundesrepublik künstlich anzutreiben. Alle Unterlagen der ehemaligen Erfassungsstelle Salzgitter sind nach deren Schließung an das Bundesarchiv übergeben worden.

Am zweiten Veranstaltungstag beschäftigte sich Panel 2 mit aktuellen Forschungsergebnissen im Zusammenhang mit MfS-Haft. Zunächst stellte Ulrich Huemer (ZZF Potsdam) die Entwicklung untergesetzlicher Normen für den Umgang mit Ausreiseartragstellern in den 1980er Jahren dar. Dem Jahresbericht der MfS-Untersuchungsabteilung HA IX für 1988 ist zu entnehmen, dass sich 83 Prozent aller Verfahren des MfS gegen Menschen richteten, die die DDR verlassen wollten. Während Flüchtlinge, die an der Grenze gefasst wurden, nach § 213 („ungesetzlicher Grenzübertritt“) abgeurteilt werden konnten, kam gegen Antragsteller auf Ausreise eine ganze Reihe von Paragraphen in Betracht. Funktion der untergesetzlichen Normen war, die Paragraphen des politischen Strafrechts gegeneinander einerseits abzugrenzen und andererseits an die jeweilige politische Situation anzupassen, wobei Huemer sich besonders auf die Auslegung von § 214 („Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“) bezog. Auch wenn die internen Orientierungen, Befehle, Anweisungen etc. formal keinen Rechtsstatus besaßen, bewirkten sie doch eine weitgehend einheitliche, wenn auch veränderliche Rechtsauslegung, die von Beobachtern auch als solche wahrgenommen werden konnte. Die untergesetzlichen Normen wollte Huemer dabei nicht als „Verrechtlichung“ verstanden wissen; sie waren weder öffentlich einsehbar noch in irgendeiner Weise einklagbar. Sie blieben aber auch nicht ohne Wirkung; Huemer sprach in seinem Resümee von „geregelter Willkür“ – eine These, die in der anschließenden Diskussion vielfach aufgegriffen wurde.



## Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Jan-Philipp Wölbern (ZZF Potsdam) referierte in seinem Vortrag über den Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR über die Quellenlage, skizzierte die Strukturen und Funktionsmechanismen in West und Ost und stellte ferner die ökonomische Dimension des Geschäftes mit politischen Häftlingen dar. In der anschließenden Diskussion erörterte er den Freikauf im Hinblick darauf, inwieweit dieser eher Menschenhandel als humanitäre Aktion war. Unter anderem stellte Wölbern heraus, dass er Vermerke finden konnte, die nahelegen, dass das MfS teilweise gezielt verhaftete, um die Betroffenen verkaufen und hierdurch Devisen erwirtschaften zu können – z. B. im Zusammenhang mit der Verhaftungswelle im Jahre 1984 gegen Antragsteller, denen ein Vergehen nach § 214 vorgeworfen wurde. Er verwies u. a. darauf, dass es von Beginn des Freikaufs im Jahr 1964 bis zum Ende Herbst 1989 eine im wesentlichen von der DDR provozierte „Preisentwicklung“ gab, die bei zunächst 40.000 DM pro Häftling begann und bis hin zu „Spitzenwerten“ von 200.000 DM pro Person reichte. Ebenso diskutiert wurden die Dimensionen des Häftlingsfreikaufs bezüglich der Häftlinge, die nach dem Freikauf nicht in die Bundesrepublik ausreisten, sondern in der DDR verblieben. Zeitweise, so legte Wölbern ein überraschendes Ergebnis offen, lag der Anteil der in die DDR entlassenen Freigekauften sehr hoch, z. B. in den 1960er Jahren bei rund 40 Prozent.

In dem von Sven-Felix Kellerhoff (Berlin) nach der Mittagspause moderierten Podiumsgespräch gaben André Gursky (Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle [Saale]/Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt), Cornelia Liebold (Gedenkstätte Bautzen/Stiftung Sächsische Gedenkstätten), Christiane Rudolph (Gedenkstätte Hohenschönhausen), Christian Misch (Thüringisches Amt für Denkmalpflege, Erfurt) und Prof. Dr. Leo Schmidt (Brandenburgische Technische Universität Cottbus) zunächst Impulse für die Diskussion unter dem Motto „Konservieren – Restaurieren – Modernisieren? Haftgedenkstätten zwischen Sanierungszwang und Authentizitätsbewahrung“. In den Fokus der Diskussion rückte – auch an die aktuelle Diskussion um den zukünftigen Umgang mit der Chemnitzer Haftanstalt Kaßberg anknüpfend – zunächst die Frage, ob jeder ehemalige Haftort eine Gedenkstätte werden solle. André Gursky verdeutlichte am Beispiel der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt Halle (Kleine Steinstraße), dass die Frage der Nachnutzung ehemaliger Haftorte oftmals politisch entschieden wurde, in diesem Fall ohne Einbeziehung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). Christiane Rudolph warf mit einem kurzen Statement zum Umgang mit der ehemaligen Haftanstalt Berlin-Rummelsburg die grundsätzliche Frage nach einer wirtschaftlichen Nachnutzung ehemaliger Haftorte auf, die trotz tiefgreifender Umbauten



Podiumsgespräch am 2. Tag der Veranstaltung, v. l. n. r.: Christian Misch, Sven-Felix Kellerhoff, Christiane Rudolph, Prof. Dr. Leo Schmidt, Cornelia Liebold

für Wohnzwecke zumindest den Erhalt der Gebäude an sich garantiere. Leo Schmidt machte deutlich, dass derartige Umnutzungen legitim seien, jedoch durch Umbauten nicht alle Spuren der Geschichte beseitigt werden sollten. Schmidt lenkte die Diskussion von der Frage der moralisch-ethischen Verantwortlichkeit verschiedener Formen der Nachnutzung früherer politischer Haftorte hin auf Aspekte des Denkmalschutzes. Moderator Kellerhoff griff dieses Thema auf und reichte die Frage an Christian Misch weiter, der deutlich machte, welche Erwartungshaltungen gegenüber der Denkmalpflege im Zusammenhang mit ehemaligen Haftorten bestünden und was die Denkmalpflege hinsichtlich ihrer Interessen diesbezüglich leisten könne. Unter Bezugnahme auf den Spagat zwischen denkmalschützerischen Interessen und den Erfordernissen der Nutzung ehemaliger Haftorte für die Öffentlichkeit griffen Misch und Schmidt auch die Frage des Brandschutzes und sich hieraus ergebender notwendiger Eingriffe in die Bausubstanz auf. Misch problematisierte dies am Beispiel des erfolgten Umbaus bei Topf & Söhne in Erfurt sowie am Beispiel der begonnenen Umbauarbeiten im ehemaligen Stasi-Gefängnis in der Erfurter Andreasstraße. Während Christiane Rudolph am Beispiel der Gedenkstätte Hohenschönhausen das Konzept der Bewahrung einzelner Bereiche („U-Boot“) und demgegenüber der Ertüchtigung anderer Bereiche an die Erfordernisse einer modernen Gedenkstätte erläuterte, zogen

## Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

André Gursky und Cornelia Liebold diesbezüglich Parallelen zu den in ihren Gedenkstätten erfolgten Eingriffen in die historische Bausubstanz.

Die von Dr. Hans-Hermann Hertle moderierte Abschlussdiskussion fokussierte im Hinblick auf kurz- und mittelfristig vor der Institutionalisierung bzw. Eröffnung stehende (Gedenkstätten Lindenstraße und Leistikowstraße Potsdam, Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Menschenrechtszentrum Cottbus, Gedenkstätte Andreasstraße Erfurt) und umgestaltete Gedenkstätten (z. B. Moritzplatz Magdeburg) u.a. die Abgrenzung authentischer Bereiche, insbesondere ehemaliger Zellen, von Räumlichkeiten, die für Ausstellungszwecke genutzt werden sollen. In der Diskussion trat ebenfalls deutlich zu Tage, dass durch die organisatorische Vielfalt und Einbindung der ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS der DDR, der heutigen Gedenkstätten (Bund, Länder, Kommunen, Stiftungen, Vereine etc.), sich unterschiedliche organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen für den Erhalt und Unterhalt dieser Einrichtungen ergeben haben, die sich auch auf die Sanierung und auf die Authentizität der Einrichtungen ausgewirkt haben und weiterhin auswirken werden.

Angesichts der inhaltlichen Impulse, der anregenden Diskussionen, des Erfahrungsaustauschs und der Netzwerkfunktion der Tagung plädierten die TeilnehmerInnen für die Ausrichtung eines Folge-Workshops im Jahr 2012 in Erfurt. Der Focus sollte dabei wie bisher auf Stasi-(U-)Haft-spezifische und gedenkstättenübergreifend relevante Fragestellungen und Projekte gerichtet sein.

### **Eröffnung der Sonderausstellung „Grenzerfahrungen“ in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn**

Gabriele Küster

Am 9. November 2011 wurde in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn die Ausstellung „Grenzerfahrungen“ eröffnet. Die Ausstellung ist das Ergebnis eines studentischen Projekts des Historischen Seminars der Leibniz Universität Hannover (LUH) unter der Leitung von Prof. Dr. Schmiechen-Ackermann in enger Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum Hannover.

## Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Die 26 Stationen der Ausstellung zeigen anhand von 26 Orten östlich und westlich der Grenze von Niedersachsen zur ehemaligen DDR – vom Eichsfeld bis zur Elbe – verschiedene Schicksale und Vorkommnisse mit den Schwerpunkten Alltag, Politik, Repression und Durchlässigkeit. Hervorzuheben ist, dass viele Orte Sachsen-Anhalts präsentiert werden, die nicht direkt an der deutsch-deutschen Grenze lagen, aber für das Leben mit der Grenze große Bedeutung hatten.

Darüber hinaus wird die Bedeutung von Grenzen in globaler Perspektive anhand ausgewählter Beispiele aufgezeigt, sowie die Relevanz des ehemaligen Grenzstreifens für den Naturschutz heute.

In seinem einleitenden Grußwort hob Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, die Besonderheit der dezentralisierten Konzeption der Ausstellung hervor: „Hier wird deutlich, dass die innerdeutsche Grenze nicht nur aus der Berliner Mauer bestand. Die Ausstellung zeigt auf eindrucksvolle Weise die Vielschichtigkeit von Repression und Alltag an der innerdeutschen Grenze.“

Norbert Dinter, stellvertretender Landrat des Kreises Helmstedt, stellte in seinen Ausführungen zum „Zonenrandgebiet“ die Bedeutung Helmstedts dar und verband dieses mit persönlichen Erfahrungen. Die Arbeit der StudentInnen bewerte er als äußerst positiv, auch im Hinblick auf den ehemaligen ländlichen Grenzraum, dem in der Debatte meist weniger Beachtung geschenkt werden würde.

Joachim Hoeft, Kulturdezernent des Landkreises Börde, brachte mit seinem Beitrag eigene Erfahrungen vom Leben auf der anderen Seite der Grenze ein. Er wurde als junger Lehrer in das Sperrgebiet „gelenkt“ und musste mit seiner Familie die damit verbundenen Einschränkungen und Kontrollen bis 1989/90 auf sich nehmen.

In dem anschließenden Kurzvortrag warb Dr. Sascha Möbius, Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, nachdrücklich dafür, zwangsausgesiedelte Menschen mit politisch Verfolgten endlich gleichzustellen. Repression, Zukunftsangst, sowie nicht selten Furcht um das eigene Leben seien für diese Personengruppe eine alltägliche Erfahrung gewesen.

Umrahmt wurde die Veranstaltung durch einen deutsch-deutschen Gedichtdialog der beiden Autoren Ralph Grüneberger (Leipzig) und Wolfgang Rischer (Süplingen) und musikalisch begleitet von Martin Hoepfner (Grimma) mit der Gitarre.

Nachfolgend gaben zwei Vertreter der studentischen Projektgruppe der LUH, Anneke de Rudder und Matthias Mahlke, einen einführenden Überblick in die Entstehung der



# Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Ausstellung und die Arbeit der Projektgruppe. De Rudder und Mahlke machten deutlich, dass nicht nur erhebliche Arbeit in das Zusammentragen von Ton-, Film- und Bildmaterial investiert wurde, sondern auch viele Exkursionen in die verschiedensten Archive, Gedenkstätten und Grenz Museen, sowie Gespräche mit Zeitzeugen für die Forschungsarbeit äußerst gewinnbringend waren.

Die im Jahr 2010 durchgeführte Tagung „Grenze – Konstruktion, Realität, Narrative“ lieferte der Projektgruppe wichtige Einblicke in neueste Forschungsergebnisse und setzte zusätzlich wesentliche Impulse bei der Gestaltung der Ausstellung.

Die Ausstellung „Grenzerfahrungen“ konnte 2011 im Historischen Museum in Hannover von April bis August besichtigt werden und fand großen Anklang bei den Besuchern. Besonders erfolgreich bewertet wurde das Schüler-Lehrer-Programm, welches ebenfalls von Studentinnen der Projektgruppe erarbeitet und durchgeführt wurde.

Insgesamt hat die Arbeit der Studenten und aller Beteiligten dazu beigetragen, die vielfältigen „Grenzerfahrungen“ einem breiten Publikum anhand regionaler Geschichten und Exponate näher zu bringen.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zeigt diese Ausstellung noch bis zum 31. Dezember 2012.

## **Bericht über die Eröffnung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin**

Johannes Schwartz

Am 1. Dezember 2011 wurde die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin mit einem Festakt in der Schlosskirche St. Annen eröffnet. Nahezu 250 Besucherinnen und Besucher kamen aus ganz Europa, unter ihnen der Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald, Dora und Außenlager, Bertrand Herz, aus Paris, der selbst Gefangener im Konzentrationslager Buchenwald war. Aus Tscherkassy in der Ukraine kamen Angehörige des ehemaligen Häftlings des KZ-Außenlagers Prettin Stanislaw Grizenko. Anwesend waren auch Eva Weil, Ehefrau von Ernesto Kroch, weitere Angehörige von





Eröffnungsveranstaltung in der Schlosskirche, Rede des Kultusministers Stephan Dorgerloh

ehemaligen Gefangenen des Konzentrationslagers Lichtenburg, amtierende und ehemalige KZ-Gedenkstättenleiter und Mitglieder des Stiftungsrates der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Unter den Gästen befanden sich weiterhin zahlreiche Vertreter der Landes- und Kommunalpolitik.

Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt Dr. Kai Langer betonte in seiner Rede, dass mit der Eröffnung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin „innerhalb der mitteldeutschen Gedenkstättenlandschaft nunmehr jene Lücke geschlossen“ sei, „die sich hier bisher für die Zeit der so genannten frühen Konzentrationslager auftut.“

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Detlef Gürth verwies in seinem Grußwort darauf, dass die Eröffnung der Gedenkstätte „ein Zeichen gegen das Vergessen und Wegschauen“ sei. Die Lichtenburg ist nun wieder ein „sichtbar gewordener Mosaikstein im Bild des nationalsozialistischen Terrors, welcher zunächst gegen die eigene Bevölkerung gerichtet und dann in die ganze Welt hinausgetragen wurde.“

Der Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt Stephan Dorgerloh interpretierte in seiner Rede die KZ-Geschichte als eine Mahnung, „dass ein Leben in Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit“ sei. Dorgerloh dankte all jenen, die in Prettin „über Jahrzehnte gegen viele Widerstände dafür gekämpft haben, dass überhaupt ein Ort des Gedenkens“ im Schloss Lichtenburg bestehen bleibt und „die das Bewusstsein wach

## Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

gehalten haben, hier eine würdige Stätte der Erinnerung zu schaffen.“ Die wichtigste Aufgabe der neuen Gedenkstätte sei es nun, „eine breitere Öffentlichkeit über die historische Bedeutung der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg aufzuklären.“

Edzard Reuter, Sohn des ehemaligen Häftlings Ernst Reuter und einer der verdienstvollsten Akteure in den Bemühungen zur Wiedereröffnung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, dankte allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die sich mit ihm für diese Gedenkstätte eingesetzt hatten. Sein Vater Ernst Reuter war als Oberbürgermeister von Magdeburg von einer bewaffneten SA-Mannschaft am 11. März 1933 aus seinem Amt vertrieben und anschließend „beurlaubt“ worden. Am 8. Juni 1933 wurde er von der Gestapo verhaftet und saß zunächst im Stadtgefängnis von Magdeburg ein, ehe er zweimal – von August 1933 bis Januar 1934 sowie von Juni bis September 1934 – im Konzentrationslager Lichtenburg in Haft war.

In seinem thematischen Einführungsvortrag ordnete Dr. Langer die Entstehung des Männer-Konzentrationslagers Lichtenburg im Juni 1933 in die Zeit der frühen Konzentrationslager ein, als das NS-Regime noch über keinen „Generalplan“ verfügte und das KZ-System aus „teilweise hastig errichteten Provisorien“ bestand (siehe Rede ab Seite 42). Zugleich aber markiere die Gründung des Männer-Konzentrationslagers Lichtenburg „den Auftakt zu einer Entwicklung, die direkt in die Katastrophe münden sollte“.

Nach diesem Vortrag wurden die Erinnerungen von zwei ehemaligen KZ-Gefangenen zu Gehör gebracht. Die Grußbotschaft Ernesto Krochs, der sich zu diesem Zeitpunkt in der Reha-Klinik Bad Hersfeld (Hessen) befand, wurde als Videoaufzeichnung präsentiert. Kroch war von Juni 1936 bis Januar 1937 im Konzentrationslager Lichtenburg inhaftiert. Als politischer Gefangener mit jüdischer Herkunft sei er „diskriminiert unter den Diskriminierten“ gewesen und hätte sich im Zellenbau auf knapp 16 Quadratmetern mit acht anderen Gefangenen eine Zelle teilen müssen. Vor diesem persönlichen Hintergrund äußerte er das Anliegen, dass auch dieses Gebäude als nächster Schritt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden solle.

Anschließend wurden Ausschnitte aus dem Tagebuch von Stanislaw Grizenko verlesen, der bis zum Kriegsende im KZ-Außenlager Prettin inhaftiert war.

Dr. Constanze Jaiser und Jacob Pampouch gestalteten das musikalisch-literarische Rahmenprogramm mit Liedern und Gedichten von ehemaligen Lichtenburger KZ-Gefangenen. Im Anschluss an den Festakt erfolgte die Eröffnung des Besucherzentrums der Gedenkstätte im ehemaligen „Werkstattflügel“.



Blick in die neue Dauerausstellung im Erdgeschoss

Die Ausstellung trägt den Titel „Es ist böse Zeit... Die Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg 1933 – 1945“ und nimmt auf eine bis heute erhaltene Inschrift im ehemaligen Bunker Bezug. Ein Häftling ritzte dort in der Zeit des Männer-Konzentrationslagers von innen über einer Zellentür die Worte ein: *„Es ist böse Zeit mehr denn 1 200 Menschen sind hier die man zu Grunde richtet“*.

Die Ausstellungskonzeption untergliedert sich in zwei Teilbereiche: Das Thema, welches im Erdgeschoss behandelt wird, lautet „Reich – Region“. Die Geschichte der in der Lichtenburg nacheinander bestehenden Konzentrationslager für Männer (Juni 1933– August 1937) und für Frauen (Dezember 1937 – Mai 1939) sowie des Sachsenhäuser KZ-Außenlagers Prettin (Oktober 1941 – April 1945) wird hier im Verhältnis zur Entwicklung der NS-Verfolgungspolitik und des KZ-Systems in der Region und im gesamten Deutschen Reich dargestellt. Im Obergeschoss wird das Spannungsverhältnis „Opfer – Täter“ untersucht. Mit Exponaten, Fotos, Faksimiles von Originaldokumenten, Informationstafeln, Grafiken und biografischen Filmporträts werden die Gefangenengruppen und das SS-Bewachungspersonal dieser drei Lager präsentiert. Zudem informieren zwei interaktive Computerstationen über die Gedenkkultur im Schloss Lichtenburg zur Zeit der DDR und nach der Wiedervereinigung sowie über die juristische Strafverfolgung gegen das ehemalige SS-Personal in der Nachkriegszeit. Die Ausstellung wurde

# Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

von Sven Langhammer (Leitung), Dr. Dietmar Schulze und Sandra Mette (Redaktion), Katharina Krüger (interaktive Medienstationen) und Jana Müller (biografische Filmporträts) konzipiert und erarbeitet. Das Gestaltungskonzept und das Grafikdesign entwickelte die Berliner Firma Delafair GmbH.

Ebenfalls am 1. Dezember wurde der neu gestaltete Eingangsbereich zum Bunker der Öffentlichkeit übergeben. Die von dem Bildhauer Klaus Kuhrmann gestaltete, abstrahierte Holzskulptur wurde innerhalb des Bunkervorraums in den linken Eingangsbereich versetzt und somit die Anbringung von drei Informationstafeln ermöglicht. Sie unterrichten die Besucherinnen und Besucher über den „Bunker“ als Ort der Bestrafung in der KZ-Zeit und als Ort des Gedenkens ab 1965. Gleichzeitig wurde die erste Informationsstele des Besucherleitsystems am Standort der ehemaligen Latrine des Konzentrationslagers aufgestellt.

Im Anschluss an den Festakt in der Schlosskirche wurden Führungen durch die Dauer Ausstellung und den Bunker angeboten, welche mit großem Interesse angenommen wurden.

## **Verleihung des Kulturerbesiegels an die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn**

Sascha Möbius

Am 19. Dezember letzten Jahres enthüllte Kultusminister Stephan Dorgerloh im Beisein der Vertreter der Landkreise Börde und Helmstedt, Joachim Hoeft und Rolf-Dieter Backhaus das Europäische Kulturerbesiegel in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, zu der das Grenzdenkmal Hötenleben gehört, ist eine von zwölf Stätten des deutschen Kulturnetzwerks „Eiserner Vorhang“, die das Europäische Kulturerbe-Siegel verliehen bekommen haben.

Unter der Federführung der Stiftung Berliner Mauer wurden Orte ausgewählt, die entweder Orte der politischen Entscheidung, Orte der innerdeutschen Grenze, Orte der militärischen Sicherung oder Orte des individuellen und bürgerlichen Widerstands gegen die SED-Diktatur waren. Mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel sollen zugleich Einrichtungen,



Orte oder Stätten ausgezeichnet werden, die Symbole und Beispiele der europäischen Einigung, der Ideale und der Geschichte der Europäischen Union sind. Das Europäische Kulturerbe-Siegel soll die gemeinsame Identität der europäischen Staaten stärken.

Während in anderen europäischen Ländern das Kulturerbesiegel einzelnen Stätten und Einrichtungen verliehen wurde, existieren in der Bundesrepublik zwei Netzwerke („Eiserner Vorhang“ und „Stätten der Reformation“), die sich bei der Arbeit mit dem Kulturerbesiegel vernetzen und unterstützen. Mittlerweile ist das Kulturerbesiegel von einer zwischenstaatlichen Initiative zu einer EU-Maßnahme geworden. Damit sind vor allem Maßnahmen zur Qualitätssicherung verbunden. In Zukunft soll pro EU-Mitgliedsstaat nur alle zwei Jahre eine neue Stätte das Siegel bekommen. Zugleich wird die EU alle bislang mit dem Siegel ausgezeichneten Stätten evaluieren.

Kriterien für die Auswahl waren nicht nur die symbolische Bedeutung, sondern auch der Erhalt und die pädagogische Nutzung der Orte.

Daher ist die Verleihung des Kulturerbesiegels nicht nur eine Würdigung des historischen Ortes, sondern auch aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Gedenkstätte seit ihrer Gründung aufgebaut haben.

## **Eröffnung der neuen Dauerausstellung in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg**

„Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden.“ Die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt 1945 - 1989

Sascha Möbius, Daniel Bohse

Am 18. Januar 2012 wurde nach mehrjähriger Arbeit die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg eröffnet. Zur Veranstaltung waren mehr als 220 interessierte Besucherinnen und Besucher gekommen, unter ihnen zahlreiche ehemalige politische Gefangene, die in der früheren Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit am Moritzplatz inhaftiert waren.



## Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg



Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, bei ihrem Grußwort

---

Der Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Kultusminister Stephan Dorgerloh, begrüßte die Gäste: „Hier wird die Leidensgeschichte tausender Menschen eindrucksvoll dargestellt. Damit wird den Opfern dieser Diktatur ein Denkmal gesetzt und an einen Abschnitt unserer jüngeren Geschichte erinnert, den wir nicht vergessen dürfen.“ Vor allem jungen Menschen biete die Ausstellung gute Möglichkeiten, sich intensiv mit dem Unrecht in der DDR auseinanderzusetzen, so der Minister. An die Begrüßung schlossen sich Grußworte des Landtagspräsidenten Detlef Gürth, der Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, und des Bundesvorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Johannes Rink, an. Im Eröffnungsvortrag umriss Gedenkstättenleiter Daniel Bohse das Konzept der Ausstellung und dankte den an der Konzeption und der Erstellung Beteiligten. Besonders eindrucksvoll war der Beitrag des ehemaligen politischen Gefangenen Ralph-Peter Klingenberg. Er hatte als junger Mann gemeinsam mit Freunden ein Flugblatt entworfen, in dem sie die Einhaltung von Menschenrechten eingefordert und sich für Reformen in der DDR eingesetzt hatten. Die Folgen waren Inhaftierung, Isolation, demütigende Verhöre, schließlich Strafhaft und Freikauf in die Bundesrepublik. Für eine würdige musikalische Umrahmung, die den nachdenklichen Charakter der Veranstaltung unterstrich, sorgte der Violinist Sven Stucke.

Nach der feierlichen Eröffnungsveranstaltung in der Neupostolischen Kirche am Moritzplatz konnten die Gäste die neue Dauerausstellung in Augenschein nehmen und an stündlich angebotenen Führungen teilnehmen.

Das Konzept der neuen Dauerausstellung basiert darauf, dass am Beispiel der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt alle wesentlichen Elemente der politischen Repression durch deutsche Behörden für die Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR dokumentiert werden können.

Ausgangspunkt der konzeptionellen Überlegungen war der historische Ort als wichtigster Teil der Geschichtsvermittlung. So sind zentrale Bereiche der ehemaligen Haftanstalt – u. a. der Innenhof mit Wachturm, die früheren Freigänge, fast der gesamte Zellentrakt, ein Vernehmerzimmer und der Besucherkeller im Vorderhaus – in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten geblieben und in die Bildungsarbeit eingebunden. Darüber hinaus spielt die Region um Magdeburg eine wichtige Rolle. Der besonders durch die Schwerindustrie, aber auch durch die Landwirtschaft geprägte frühere Grenzbezirk Magdeburg war in besonderer Weise geeignet, die alltägliche Repression in einem klar definierten Territorium zu erforschen und zu dokumentieren.

Es lassen sich ebenso national und international bedeutsame politische Konflikt- bzw. Problemsituationen (z. B. die Erstürmung der Haftanstalt am 17. Juni 1953, Mauerbau, die Reflexion der Oppositions- und Aufstandsbewegungen in der ČSSR, Republikfluchten, etc.) und ihre Auswirkungen auf die politische Repression anhand der UHA exemplarisch wissenschaftlich untersuchen und in der Bildungsarbeit präsentieren.

Die zur Vorbereitung der Dauerausstellung getätigten umfangreichen Recherchen konnten auf einen überaus breiten Quellenfundus aufbauen. Die Auswertung diverser Gefangenenkarteien und -bücher sowie die systematische Auswertung des Personenarchivs der Gedenkstätte erlaubt erstmals die Präsentation umfangreicher Informationen über die politischen Gefangenen der Magdeburger Untersuchungshaftanstalt in den Jahren 1945 bis 1989.

**„Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden.“**

Dieser perfide Satz, der der Ausstellung ihren Namen gab, entstammt den Aufzeichnungen eines Magdeburger MfS-Vernehmers, die dieser 1968 im Rahmen einer Fachschulung angefertigt hatte. In diesem Jahr war in der DDR ein neues Strafgesetzbuch in Kraft getreten, das zahlreiche neue Straftatbestände zur Verfolgung politisch Andersdenkender enthielt.



## Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg



Führung durch die neue Dauerausstellung, im Vordergrund (Bildmitte, v. r. n. l.) Landtagspräsident Detlef Gürk und Kultusministerin Stephan Dorgerloh

---

Das Zitat wurde als Titel gewählt, weil es unfreiwillig die innere Logik der politischen Repression offenbart. Denn aus welchen Gründen Menschen inhaftiert und wie sie in der Haft behandelt wurden, welche Strafen letztlich verhängt wurden, hing sowohl von den politischen Vorgaben der SED als auch von anderen Einflüssen ab, die von internationalen Entwicklungen bis hin zu Missständen im Apparat der Staatssicherheit reichten. Dabei waren Untersuchungshaft und Verurteilungen immer von der Willkür der Herrschenden abhängig und nicht von klar definierten rechtlichen Vorgaben. Selbst die formalen Grundlagen des politischen Strafrechts der DDR genügten nicht einmal geringsten rechtlichen Ansprüchen.

Erschreckend war unter anderem der Befund, dass Isolationshaft, Demütigungen und noch Jahrzehnte später nachwirkende Repressalien gegen Menschen angewendet wurden, deren „Vergehen“ fast immer in keinerlei Verhältnis zu den verhängten Strafen standen: ein politischer Witz, andere Ansichten über den Aufbau des Sozialismus oder einfach der Wunsch, seinen Wohnort frei zu bestimmen.

In mehreren Gesprächen äußerten ehemalige politische Gefangene während der Eröffnungsveranstaltung, dass es ihnen schwer fiel, selbst ihren Angehörigen deutlich zu machen, dass das MfS sie wegen Nichtigkeiten wie Schwerverbrecher behandelt hatte. Die Ausstellung kann auf der Grundlage mehrjähriger Forschungen zeigen, dass gerade dies



der Logik der Repression im SED-Staat entsprach. Zu dieser zählten einerseits die *Willkür* des Staatsapparates gegenüber den Inhaftierten sowie andererseits der *Widerspruch zwischen der Selbstdarstellung des SED-Regimes und der Wirklichkeit in der DDR*.

Dass das Ministerium für Staatssicherheit unabhängig von Schuld oder Unschuld der Untersuchungshäftlinge sogenannte Geständnisse „erarbeitete“, ist Beleg für die Willkür des Systems politischer Verfolgung, eines Systems ohne demokratische Mitbestimmung und öffentliche Kontrolle. Der Widerspruch zwischen Selbstdarstellung und Wirklichkeit spiegelte sich einerseits auf der Ebene der politischen Justiz im Simulieren rechtsstaatlicher Verfahrensabläufe, die die politische Willkür nach außen verdecken sollten, wieder. Andererseits – und dies war für die Gefangenen besonders schmerzhaft – gipfelte die Selbstüberhöhung des SED-Regimes als von einer unfehlbaren Partei geführter Friedensstaat immer wieder in dem Vorwurf, dass alle Kritik oder der Versuch, sich dem Staat zu entziehen, einem Anschlag auf dem Weltfrieden gleich kämen.

Im Zentrum der Ausstellung stehen die Biographien und Schicksale der politischen Gefangenen in der Haftanstalt Magdeburg-Neustadt. Anhand von Fotos und Dokumenten werden stellvertretend für mehrere tausend Gefangene die Haftschicksale von 36 Männern und Frauen aus dem Bezirk Magdeburg vorgestellt, die durch die sowjetische Besatzungsmacht, durch die deutschen Justizorgane, die Deutsche Volkspolizei und das MfS verfolgt und inhaftiert wurden.

In die mit Texten und Abbildungen versehenen Wandpaneele sind Vertiefungsebenen in Form von Objektvitrinen und Lesemappen integriert. Mit den Inhalten auf den Paneelen korrespondieren jeweils in der Mitte der Räume befindliche Biografietische mit Medienstationen, auf denen Video- und Audiointerviews mit 23 ehemaligen Inhaftierten abgerufen werden können. Diese umfassen nicht nur die Zeit der Haft, sondern den gesamten Lebensweg der Betroffenen. Es wird deutlich, wie durch die Mitarbeiter des MfS Lebensentwürfe zerstört wurden, aber auch, wie Menschen immer wieder gegen das System aufbegehrt haben. Den traumatisierenden Haftbedingungen und ihren Folgeschäden ist ein eigener Raum gewidmet. Die wochen- oder monatelange Isolationshaft, der Schlafentzug, die Demütigungen während der Verhöre und die bis in die 1980er Jahre nachweisbaren körperlichen Misshandlungen haben bei vielen ehemaligen Gefangenen noch heute andauernde Angstzustände, Schlafstörungen und den Verlust des Urvertrauens nach sich gezogen.

Die insgesamt 12 Räume umfassende Dauerausstellung ist chronologisch und thematisch aufgebaut. Jeder Periode der politischen Repression sind bestimmte Themen zugeordnet.



## Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Im Zellentrakt behandeln 5 Räume die Geschichte und Nutzung der Haftanstalt bis zu ihrer Übernahme durch das Ministerium für Staatssicherheit im Jahre 1958. Den Ereignissen vom 17. Juni 1953 in Magdeburg ist ein ganzer Raum gewidmet. In den insgesamt 7 Räumen des Vorderhauses wird die politische Verfolgung durch das MfS im Bezirk Magdeburg thematisiert und bezogen auf diesen Ort die Untersuchungshaft beim MfS dargestellt, des Weiteren die Friedliche Revolution 1989 und Auflösung des Geheimdienstapparates.

Die Ausstellung ist in ein modernes Bildungskonzept eingebunden, das mit den Rahmenrichtlinien der Schulen korrespondiert und den Schwerpunkt auf die Eigenaktivität der Besucherinnen und Besucher legt.

Die Inhalte der neuen Dauerausstellung wurden seit 2007 von einer u.a. aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte und des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. gebildeten Arbeitsgruppe<sup>1</sup> unter maßgeblicher Beteiligung externer Historiker<sup>2</sup> konzipiert, wissenschaftlich aufgearbeitet sowie für ein breites Publikum anschaulich dargestellt. Dankenswerterweise haben auch zahlreiche ehemalige Häftlinge durch das Überlassen von Dokumenten und Exponaten sowie für Ihre Bereitschaft, für ein Interview zur Verfügung zu stehen, zur Realisierung der Ausstellung beigetragen, ebenso die über Werkverträge mit der Führung der Interviews betrauten Wissenschaftler und Studierenden<sup>3</sup>. Die Vorstände und Mitarbeiter des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt, der BSTU-Außenstelle Magdeburg, des Kulturhistorischen Museums Magdeburg und des Stadtarchivs Magdeburg haben mit großem Engagement die umfangreichen Recherchen zur Vorbereitung und Ausstattung der Dauerausstellung sowie die Einrichtung der Ausstellung unterstützt. Darüber hinaus erfolgten in den Jahren 2009 und 2010 umfangreiche Umbauarbeiten im Vorderhaus, die der Herrichtung der künftigen Ausstellungsräume dienten. Im Jahre 2011 wurde zudem der Umbau der ehemaligen Wachbaracke zur künftigen Infothek vorgenommen. Die Dauerausstellung und der hierfür erforderliche Umbau des Vorderhauses wurden durch den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Land Sachsen-Anhalt, den LStU Sachsen-Anhalt und die Landeshauptstadt Magdeburg großzügig gefördert.

1 Für die Gedenkstätte Moritzplatz Dr. Sascha Möbius und Ulrike Groß, für das Bürgerkomitee Ute Gramm, Bettina Wernowsky, Bernhard Notheis und Jörg Stoye.

2 Dr. Alexander Sperk, Daniel Bohse, PD Dr. Kerstin Dietzel, Matthias Ohms.

3 Annegret Stephan, Dr. Alexander Bastian, Nicole Bütow, Katrin Bentz, Katrin Buhl, Thomas Kupka.

## Autoren

---

**Dr. Jens Gieseke** ist Projektleiter der Abteilung „Kommunismus und Gesellschaft“ am Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam. | **Rainer Potratz** ist Mitarbeiter der Landesbeauftragten des Landes Bran-denburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Buddy Elias** ist der Cousin und letzte lebende direkte Verwandte von Anne Frank und Präsident des Anne-Frank-Fonds in Basel. | **Hanka Rosenkranz** ist Lehrerin für Geschichte an der Hagenberg-Sekundarschule Gernrode und Gedenkstättenlehrerin für die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Daniel Bohse** ist der Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Gabriele Küster, M. A.**, Historikerin, hat maßgeblich an der Ausstellung „Grenzerfahrungen“ der Leibniz-Universität Hannover und des Historischen Museums Hannover mitgewirkt. | **Johannes Schwartz** ist der Leiter der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Dr. Sascha Möbius** ist der Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

## Fotonachweis

---

Titel: Innenhof der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, Dr. Kai Langer | Seite 23: Dagmar Calais/  
Chris Steinbrecher | Seite 25: Dr. Kai Langer | Seite 42, 44: Dr. Kai Langer, Sammlungsbestand Gedenk-stätte KZ Lichtenburg Prettin | Seite 48, 73: Sammlungsbestand Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin | Seite 50, 56: Werner Klapper, Magdeburg | Seite 58, 61: Fotogruppe des Seminars Unrechtssysteme, Sammlungsbestand Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | Seite 67: Dr. Wolfgang Laßleben, Samm-lungsbestand LStU Sachsen-Anhalt | Seite 71: Hr. Kummer, Sammlungsbestand Gedenkstätte KZ Lichten-burg Prettin | Seite 76, 78: Rüdiger Thiele, Sammlungsbestand Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

## Impressum

---

Herausgeber: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg  
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de  
Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Daniel Bohse | Gesine Daifi | Ulrike Groß | André Gursky  
Ute Hoffmann, | Sascha Möbius | Johannes Schwartz | Frank Stucke | Michael Viebig  
Gestaltung: behnelux gestaltung, Halle (Saale)  
Druck: Salzland Druck Staßfurt  
ISSN-Nr.: 2194-2307  
Spendenkonto: Konto 8100 15 16 | BLZ 81 000 000 | Deutsche Bundesbank  
BIC: MARKDEF1810 | IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16

Bestellungen für den Rundbrief „Erinnern!“ richten Sie bitte an die Geschäftsstelle der Stiftung Gedenkstät-ten Sachsen-Anhalt. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar. Für die inhalt-lichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

### **Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin**

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77  
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15.30 Uhr  
Freitag 9 bis 13 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

### **Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg**

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg  
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de  
Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr | Freitag 9 bis 12 Uhr |  
jeder erste Sonntag im Monat 11 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung

### **Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge**

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | phone (03941) 56 73 24 | phone/fax (03941) 30 248  
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis Freitag  
9 bis 15.30 Uhr | jedes letzte Wochenende (Samstag und Sonntag) in den Monaten April bis Oktober  
14 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

### **Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)**

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339  
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10 bis 16 Uhr  
jedes erste und dritte Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag) 13 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

### **Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg**

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599 9  
mail: anmeldung-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 9 bis 16 Uhr  
Donnerstag: 9 bis 18 Uhr | Freitag 9 bis 15 Uhr | jeder erste Samstag im Monat 10 bis 12 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

### **Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn**

An der Bundesautobahn A2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099  
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.**

### **Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt**

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg  
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998  
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de  
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT